



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 2

Dezember 1999

Panama und die Übergabe der Kanalzone

Große Herausforderungen für ein kleines Land

Raúl Leis



Prof. Dr. Raúl Leis, panamaischer Soziologe, Politologe und Schriftsteller; Präsident des *Centro de Estudios y Acción Social Panameño* (CEASPA) und Universitätsprofessor.



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden.

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Referat Forschung und Projekte
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 1999

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-9803291-5-1

Panama und die Übergabe der Kanalzone

Große Herausforderung für ein kleines Land

Raúl Leis

Für Panama, ein kleines Land, das geographisch zu Mittelamerika gehört, historisch zu Südamerika und seinem Wesen nach zur Karibik, war dieses Jahrhundert geprägt vom Bau des Panamakanals, an dessen Trasse entlang zu Beginn dieses Jahrhunderts eine koloniale, wirtschaftliche und militärische Enklave - die sogenannte Kanalzone - errichtet wurde. Am 31. Dezember 1999 wird dieser Zustand mit der Übergabe des Kanals an Panama beendet. Panama erhält nicht nur die volle Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet sowie über die in der Kanalzone gelegenen Gebäude, Einrichtungen und Maschinen, sondern es wird mit dem Abzug des US-Militärs auch entmilitarisiert, da es über keine eigenen Streitkräfte verfügt. Die Übergabe des Kanals stellt das kleine Land vor gewaltige Herausforderungen: der Schutz der Umwelt und der Wasserressourcen, Alternativen für eine zukünftige Kapazitätsausweitung des Kanals, die Gefahr einer Verlängerung der US-Militärpräsenz über das Jahr 2000 hinaus, die Umweltverseuchung durch Sprengkörper und Chemiewaffen, die Neutralität eines nicht bewaffneten Landes und nicht zuletzt die nationale Aufgabe, die Geschicke des Landes in Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und zu bestimmen.

I. Ein Isthmus zwischen Yin und Yang

In der fernöstlichen Philosophie sind das Yin und das Yang Symbole für zwei gegensätzliche, sich ergänzende Prinzipien, deren unaufhörliche Metamorphose ein Ausdruck für die lebendige Textur des Universums ist. Sie sind ein Gegensatzpaar wie der Tag und die Nacht, das Positive und das Negative, das Volle und das Leere, das Männliche und das Weibliche, das Ja und das Nein. Für Panama ist der Kanal jeden Tag von neuem ein Sinnbild für das Yin und das Yang seiner nationalen Realität. Er ist tief in die Geschichte des Landes eingegraben, in seine Gegenwart und in seine Zu-

kunft, und er ist für die Entwicklung des Landes und der Gesellschaft von außerordentlicher Bedeutung.

Bei ihren Kartierungen des Isthmus legten die Spanier besonderen Wert darauf, seine Länge zu bestimmen, denn die Entdeckungsreisenden suchten nicht nur nach Gold und Edelsteinen, sondern auch nach einer Durchfahrtsmöglichkeit für ihre Schiffe, den sie jedoch nicht fanden. Während ihrer Aufenthalte gründeten sie die ersten Siedlungen und Städte.

Die Gründung von Panama-Stadt am Pazifik ist nicht darauf zurückzuführen, dass sich der Boden dort besonders für Ackerbau oder Viehzucht eignete

Für Panama ist der Kanal jeden Tag von neuem ein Sinnbild für das Yin und das Yang seiner nationalen Realität.

Mit der Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1914 wurde die Rolle Panamas als Transitland endgültig besiegelt.

oder das Klima besonders günstig war oder etwa darauf, dass es dort Bodenschätze gab. Die Gründe waren ganz anderer Art: Den Spaniern diente das Land als Zwischenstation, als Brücke für den Transport des fremden Reichtums. Mit der Entdeckung des Pazifiks wird die Funktion Panamas als Transitland zwischen Europa und dem neu entdeckten Kontinent für das iberische Kolonialsystem institutionalisiert: Die Hafenstadt Portobelo, „schöner Hafen“ - der italienische Name stammt von Kolumbus - wird zum Ausgangspunkt der Überlandtransporte vom Atlantik zum Pazifik. Das also waren die Gründe dafür, dass das Land zu einem Transitland wurde und seine Städte Portobelo und Panama zu Umladeplätzen.

Mit der Inbetriebnahme der ersten Eisenbahnlinie im Jahre 1855 von der Atlantikküste zur Pazifikküste, wurde Panama zur wichtigsten Verbindung zwischen der Ost- und der Westküste der Vereinigten Staaten, da es auf dem nordamerikanischen Territorium zu jener Zeit noch keine transkontinentale Verkehrsverbindung gab. Der Bau dieser Eisenbahn, bei dem Arbeiter aus zahlreichen Ländern mitwirkten, forderte viele Menschenleben. Es heißt, dass unter jeder Schwelle der Gleise, die sich durch den Urwald bohrten, ein toter Arbeiter liege. Mit der Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1914 wurde die Rolle Panamas als Transitland endgültig besiegelt.

I.1 Von der Ersten Welt zur Dritten Welt. Die Übergabe der Kanal Güter und der Verantwortung

Am 7. September 1977 unterzeichneten die USA und Panama die Torrijos-Carter-Verträge, die die Übergabe des Kanals und der Kanalzone an Panama zum 31.12.1999 festlegten. Zum Ende dieses Jahrhunderts erhält Panama damit ein Gebiet von 34.000 Hektar mit 4.829 Gebäuden, mit Straßen, Häfen, Flughäfen, Grünanlagen und Siedlungen. Der Wert des gesamten Gebietes beläuft sich auf mehrere Milliarden Dollar, wobei der größte Teil der Kanalzone, der Anlagen und Gebäude bereits übergeben worden ist. Panama sieht sich nun der Herausforderung gegenüber, Strategien zu entwickeln, die es ermöglichen, die aus der Übergabe resultierenden Chancen voll und ganz zu nutzen und die übergebenen Güter so einzusetzen, dass sie der Gesamtentwicklung des Landes zugute kommen.

Das bedeutet, dass ein kleines Land mit 2,8 Millionen Einwohnern nun Ressourcen besitzt, die, wenn sie gut investiert und verwaltet werden, die gesamte Entwicklung des Landes und der Gesellschaft vorantreiben werden. Gewaltige Herausforderungen kommen auf Panama zu: die Umwandlung von Todeszonen in Lebensräume, von kontaminierten Truppenübungsplätzen in ökologisch gesunde Gebiete, von Kasernen in Bildungszentren, von leer stehenden Gebäudekomplexen in florierende Ferienanlagen. Darüber hinaus müssen Maßnahmen zum

Schutz der Wasserressourcen im Einzugsgebiet des Kanals getroffen und Strategien für eine effiziente Verwaltung des Kanals entwickelt werden. Fast gilt das biblische Wort von den „Schwertern zu Pflugscharen“. Güter der Ersten Welt werden einem kleinen Land der Dritten Welt übergeben, das sich nun seinerseits vor die Aufgabe gestellt sieht, die Konversion der Militärbasen und der angrenzenden Gebiete zu betreiben, um sie zum Wohle der gesamten Bevölkerung für zivile, soziale und wirtschaftliche Zwecke nutzen zu können.

Fast zeitgleich mit dem Bau des Kanals begann der Kampf um die nationale Souveränität. Generationen von Panamäern opferten ihr Leben, ihre Talente und ihre Träume, um für das Recht der kleinen Nation auf Freiheit und Souveränität zu kämpfen. Es war kein leichter Weg. Das Land musste an die zwanzig US-Invasionen erleiden, die erste Mitte des vergangenen Jahrhunderts und die letzte vor fast genau 10 Jahren, als am 20. Dezember 1989 um 12 Uhr, 46 Minuten und 40,3 Sekunden die erste Bombe auf Panama-Stadt fiel. Die Bombenabwürfe wurden von der seismographischen Nadel des Instituts für Geowissenschaften der Universität Panama mit äußerster Präzision und auf die Sekunde genau aufgezeichnet: In den darauf folgenden vier Minuten wurden 67 weitere Bombenabwürfe registriert. Das äußerst empfindliche Instrument zeichnete die Explosionen 13 Stunden lang auf, bis es funktionsunfähig war. Insgesamt fielen im Stadtgebiet

von Panama 422 Bomben, darunter viele von immenser Zerstörungskraft. Alle zwei Minuten eine Bombe.

Zwischen 1977 und 1989 durchlief das Land eine schwierige Phase, die durch eine Militärdiktatur, eine Wirtschaftsblockade, eine US-Invasion und dem mittelamerikanischen Konflikt gekennzeichnet war. Die Folge waren schwere wirtschaftliche, soziale und politische Krisen, die dem nationalen Selbstbewusstsein nicht gerade zuträglich waren. Daher überrascht es nicht, dass heute ein Teil der Bevölkerung der Meinung ist, Panama sei nicht fähig, den Kanal und sein Erbe allein zu verwalten. Man darf jedoch hierbei nicht vergessen, dass bereits 96% der Kanalangestellten Panamäer sind und der Posten des Verwalters der Kanalbehörde seit 1990 ebenfalls mit einem Panamäer besetzt ist. Außerdem werden bereits verschiedene Projekte zur Konversion der übergebenen militärischen und zivilen Gebiete erfolgreich vorangetrieben.

Letzten Endes wird also die Übergabe des Kanals an Panama zum Prüfstein dafür werden, ob das Land fähig ist, als eine souveräne, selbstbestimmte Nation zu handeln und seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

1.2 Wasser für die Menschen und für den Kanal

Der Anthropologe und Soziologe Dr. Stanley Heckadon Moreno hält ein Glas klares Wasser in der Hand. Er betrachtet es, lächelt, und während er anstößt, erklärt er mit ernster Miene: „Wenn wir nichts unternehmen,

Letzten Endes wird also die Übergabe des Kanals an Panama zum Prüfstein dafür werden, ob das Land fähig ist, als eine souveräne, selbstbestimmte Nation zu handeln und seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Die Zunahme des Schiffverkehrs durch den Kanal und die steigende Bevölkerungszahl in Panama-Stadt treiben die Nachfrage nach Wasser steil nach oben, und es ist zu befürchten, dass die derzeitige Kapazität bald nicht mehr ausreichen wird.

werden wir in etwa fünf Jahren dieses Wasser, das von unseren Gesundheitsingenieuren als der Champagner Panamas bezeichnet wird, nicht mehr trinken können.“ Stanley hatte im Kanalmuseum einen Vortrag über die Auswirkungen des starken Bevölkerungswachstums im Kanalbecken auf die Wasserressourcen gehalten. Sein Vortrag war der Höhepunkt der Tagung anlässlich des Weltbevölkerungstages.

Heckadon weist eindringlich darauf hin, dass die gute Qualität des Wassers, das die Panamaer für einen Centavo pro 13 Gallonen kaufen können, auf die bewaldeten Naturschutzgebiete zurückzuführen sei, die mit einer Gesamtfläche von 158.000 ha fast 50% des Kanalbeckens ausmachen. Durch die Schaffung der Nationalparks - *Soberanía, Natural Metropolitano, Lago Gatún, Chagres* und *Camino de Cruces* - gelang es, die landwirtschaftliche Nutzung im Einflussgebiet des Kanals stärker zu regulieren und einen ökologischer Korridor entlang des Kanals einzurichten. Dies führte zu einer starken Verringerung der Erosionsrate und der Sedimentation in den Flüssen und Seen.

Dessen ungeachtet gibt es große Probleme. Die Zunahme des Schiffverkehrs durch den Kanal und die steigende Bevölkerungszahl in Panama-Stadt treiben die Nachfrage nach Wasser steil nach oben, und es ist zu befürchten, dass die derzeitige Kapazität bald nicht mehr ausreichen wird. 95% des Süßwassers, das im Kanalbecken er-

zeugt wird, wird für den Betrieb der Wasserstraße verwendet und weniger als 2% für die Trinkwassererzeugung.

Laut Heckadon ist „die Wasserqualität eine große Herausforderung, denn sowohl der Chagres - der Fluss, der das meiste Wasser für den Kanal liefert - als auch seine Nebenflüsse sind einer zunehmenden Verschmutzung ausgesetzt. So gibt es bereits Flüsse, in denen die Bewohner nicht mehr baden können, ohne eine Hauterkrankung davonzutragen.“

Die wichtigsten Gründe für die schlechte Wasserqualität sind:

- Die nicht genehmigten Mülldeponien, die überall entstehen, da es weder ein geeignetes System für die Abfuhr noch für das Recycling von Müll gibt.
- Die Verschmutzung durch Industrieabwässer und verseuchte Wassertanks in den Elendsvierteln. Das Schmutzwasser geht ohne Aufbereitung in die Bäche, Flüsse und Seen.
- Der immense Bevölkerungsanstieg: Zwischen 1950 und 1998 (Bau der Schnellstraße Panama-Colón) wuchs die Bevölkerungszahl in diesem Gebiet von 20.000 auf 142.000, was wiederum eine Zunahme der Wasserverschmutzung zur Folge hatte, da keine wirksamen Schutzmaßnahmen getroffen wurden. So überschreitet z. B. die Verschmutzung der Flüsse *Chilibre, Chilibrillo* und *Gatún* durch Fäkalien die erlaubten Werte um das Fünffache.

Heckadon nimmt einen Schluck Wasser, testet seinen Geschmack, schnalzt zufrieden mit der Zunge und schlägt folgende Lösung vor:

- Kurzfristig: Ausarbeitung eines Programms zur Verminderung der Umweltbelastung unter gemeinsamer Beteiligung von Unternehmen und Kommunen, um die zunehmende Verschmutzung der Gewässer zunächst aufzuhalten und danach zu reduzieren.
- Langfristig: Aufstellung von verbindlichen Normen hinsichtlich der Besiedlungsdichte und der Wasserqualität; Einrichtung einer Kontrollbehörde, die geeignete und zuverlässige Daten über die Besiedlungsdichte und die Wasserressourcen im Kanalbecken liefert.

Alle sind also angesprochen. Die Unternehmen und Kommunen müssen für dieses Problem sensibilisiert werden und die Regierung muss auf allen Ebenen wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität und zum Schutz des ökologischen Systems ergreifen.

Das Wasserglas, das der Anthropologe Stanley Heckadon Moreno in der Hand hält, lässt sich mit einer Kristallkugel vergleichen, die einen Blick auf die Zukunft des Wassers erlaubt, das der Hälfte der panamaischen Bevölkerung als Trinkwasser und den Schiffen, die den Kanal durchqueren, als Beförderungsmittel dient.

II. Der Kanal in den Händen Panamas

Gegenwärtig liegt die Kapazitätsgrenze des Kanals bei durchschnittlich 36 Schiffen pro Tag mit durchschnittlich 45.000 BRT pro Schiff. Jährlich passieren also ca. 13.500 Schiffe den Kanal, die 198 Mio. Bruttoregistertonnen befördern, was etwa 4% des Welthandels entspricht. Zur Zeit müssen jedoch jeden Tag ca. 40 Schiffe 12 bis 24 Stunden warten, ehe sie den Wasserweg durchfahren können. Für die internationalen Reedereien ist ein Schiff aber erst dann rentabel, wenn es 24 Stunden voll ausgelastet ist. In den nächsten 50 Jahren wird der Schiffsverkehr durch den Kanal auf das Vierfache ansteigen.

II.1 Alternativen zum Kanal

1985 legte ein Komitee dem Japan, Panama und die USA angehörten¹ in einem Abschlussbericht Alternativen zum Panamakanal vor: Neubau eines schleusenlosen Kanals auf Meereshöhe, Expansion des derzeitigen Kanals mit einem weiteren Schleusensystem oder Betrieb mit den bisherigen Anlagen.

Im September 1993 wurde die Empfehlung ausgesprochen, eine weitere Schleusanlage zu bauen. Dies erschien als die sinnvollste Lösung, da dadurch nicht nur die Kapazität ausgeweitet würde, sondern auch eine schnellere Durchfahrt der Schif-

Jährlich passieren ca. 13.500 Schiffe den Kanal, die 198 Mio. Bruttoregistertonnen befördern, was etwa 4% des Welthandels entspricht. Zur Zeit müssen jedoch jeden Tag ca. 40 Schiffe 12 bis 24 Stunden warten, ehe sie den Wasserweg durchfahren können.

¹ Anm. der Übers.: Das trilaterale Komitee wurde 1982 zur Prüfung der Alternativen für den Panamakanal ins Leben gerufen. 1986 wurde ein ständiges Sekretariat in Panama eingerichtet, das seither die Ausarbeitung neuer Kanalpläne koordiniert und überwacht.

fe, einschließlich derer, die zur Zeit noch die zulässigen Abmessungen überschreiten, möglich wäre. Außerdem wurde empfohlen, den Bau dieser Schleusenanlage mit einem multimodalen Verkehrssystem mit sieben Verladehäfen für Container zu koppeln. Für die Realisierung dieses Vorschlags wären 27 Millionen Liter Süßwasser zum Auffüllen der Schleusen nötig, die über das Regenwasser der Flüsse im hydrographischen Einzugsgebiet des Kanals gesammelt werden könnten. Dieses Einzugsgebiet hat zwar eine Ausdehnung von 325.000 ha, es kann jedoch auf Grund von Klimaveränderungen und durch die zunehmende Bebauung nicht die insgesamt benötigte Wassermenge liefern. Es müsste daher zusätzlich Salz-

wasser in die Kanalschleusen gepumpt werden, um das Anheben und Absenken der Schiffe bewerkstelligen zu können.

Mitte der 90er Jahre wurde mit der Verbreiterung des Gaillard Cut begonnen, um bis zum Jahr 2010 eine Kapazitätsausweitung für Personen- und Frachtschiffe zu erreichen. Außerdem wurde an eine Erweiterung des Kanalbeckens gedacht. Um jedoch zu verhindern, dass der Kanal an Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit einbüßt, müsste Panama zwischen fünf und sieben Milliarden Dollar in die Gesamtanlage investieren, um entweder einen schleusenlosen Kanal auf Meereshöhe oder eine weitere Schleusenanlage bauen zu können.

Die Vorgeschichte

An der Stelle, wo sich heute der Isthmus von Panama befindet, prallten vor 15 Millionen Jahren die Wellen des Atlantiks und des Pazifiks mit mächtigen Schaumkronen tosend aufeinander, während gleichzeitig ein Tiefseegraben die beiden großen Landmassen Amerikas voneinander trennte. In die Meerenge war eine Hand voll Inseln vulkanischen Ursprungs eingestreut.

Vor sieben Millionen Jahren stießen die beiden driftenden Ozeanplatten, die Pazifische Platte und die Karibische Platte, zusammen. Durch die Kollision dieser beiden tektonischen Platten tauchte das heutige panamaische Gebiet von Kuna Yala und Darién aus der Tiefe des Meeres auf. Außerdem bildete sich ein Archipel, der bis zu dem heutigen Nicaragua reichte. Das Ergebnis dieser Vorgänge waren riesige Mengen an Schutt und Staub. Verwitterungsgestein und Sedimente füllten die Meerenge immer mehr auf und ließen zwischen den beiden Meeren einen Wall entstehen, der sich in weiteren zwei Millionen Jahren zu einem festen Landstreifen herausbildete. Dieser war von natürlichen Viadukten, die den Atlantik mit dem Pazifik verbanden, durchzogen.

Vor dreieinhalb Millionen Jahren schließlich verbanden sich die Landmassen Amerikas und trennten den Atlantik vom Pazifik. Der Isthmus war geboren. Durch die Trennung der beiden großen Ozeane entstand der Golfstrom, der einen weltweiten Klimawandel mit sich brachte: es bildeten sich Gletscher, große Tierwanderungen fanden statt und es wird sogar vermutet, dass all diese Vorgänge für das Entstehen des menschlichen Lebens auf der Erde verantwortlich waren. Nach Meinung von Experten des Smithsonian Tropical Research Institute war die Herausbildung des Isthmus wahr-

scheinlich „das wichtigste Naturereignis auf der Erde in den letzten 60 Millionen Jahren“.

Vor 15 Millionen Jahren war Panama ein natürlicher Wasserkanal, der Ozeane miteinander verband und Kontinente trennte, dann wurde es zu einem Landkanal, der Kontinente miteinander verband und Ozeane trennte, und vor knapp 85 Jahren gelang es dem Menschen mit Hilfe von TNT, seiner Intelligenz, seiner Muskelkraft und seinen Baggern, das was Gott bzw. die Natur zusammengefügt hatte, wieder zu trennen.

Vor 11 Tausend Jahren besiedelten Menschen den Isthmus. Sie legten Dörfer an, machten das Land urbar und bearbeiteten Steine. Vor etwas mehr als 500 Jahren erforschten zuerst Rodrigo de Bastidas und ein Jahr später Admiral Christoph Kolumbus die atlantische Küste Panamas, wobei jeder in die entgegengesetzte Richtung segelte. Bald darauf sahen sich eine Million panamaischer Indianer einer Hand voll Europäer gegenüber, die mit ihren KaravelLEN in dieses tropische Land gekommen waren und kaum dass sie es betreten hatten, ihre technologische Überlegenheit nutzten, um die einheimische Bevölkerung zu unterwerfen. Ein Jahrzehnt später, im Jahre 1513, ließ sich Vasco Núñez de Balboa mit seiner Truppe von Einheimischen über die Berge des Isthmus führen. Er war der erste Europäer, der den Pazifik erreichte und der sich staunend einem riesigen Kontinent gegenüber sah, den bereits die Indianer Abia Yala, „großes Land“, getauft hatten.

II.2 Die militaristische Versuchung

Der Militarismus ist in Panama kein vereinzelt Phänomen, das hin und wieder im Verlaufe der panamaischen Geschichte zutage trat, sondern er war seit der Kolonialzeit und ihrer absoluten Monarchie bis in unsere Zeit hinein ein kontinuierlicher Faktor in der Geschichte Panamas. Er war darüber hinaus eng mit dem Auf und Ab der US-Hegemonie im Isthmus verbunden, die mit dem Bau der Eisenbahn im Jahre 1850 ihren Anfang nahm.

Militarismus und Militarisierung sind jedoch nicht dasselbe. Unter Militarismus verstehen wir die „Einmischung der Militärs, der Militärkaste oder des Heeres in das politische Leben eines Staates“. Der Militarismus entbehrt jeder Legitimität, da diese nur durch „die Zustimmung des

Volkes zu einem politischen Regime“ gewährleistet ist (Guevara Mann, 1994). Unter Militarisierung dagegen verstehen wir die Einmischung einer ausländischen Militärmacht in das politische Leben eines Staates, die meist einer Vormundschaft über diesen Staat gleichkommt, und immer ein Ausdruck für eine koloniale oder halbkoloniale Situation oder eine Enklavensituation ist.

In Panama waren Militarisierung (US-Präsenz) und Militarismus (nationale Streitkräfte) stets eng miteinander verquickt und ihrer wechselseitigen Beziehung wurde erst mit der US-Invasion im Jahre 1989 ein Ende gesetzt. Die panamaischen Streitkräfte als der schwächere Part wurden vernichtend geschlagen und aus der Verfassung des Landes gestrichen, um aus Panama ein

In Panama waren Militarisierung (US-Präsenz) und Militarismus (nationale Streitkräfte) stets eng miteinander verquickt und ihrer wechselseitigen Beziehung wurde erst mit der US-Invasion im Jahre 1989 ein Ende gesetzt.

Als Folge der Eskalation der Gewalt sind heute über eine Million Kolumbianer ständig auf der Flucht. Panama teilt seine Grenze mit dieser Realität, und es hat den Anschein, dass es nicht von den Auswirkungen der in Kolumbien herrschenden Gewalt verschont bleiben wird.

Land zu machen, das keine eigene Armee besitzt.

Die Militarisierung Panamas soll zwar bis zum 31. Dezember 1999 mit der endgültigen Übergabe der gesamten Kanalzone an Panama abgeschlossen sein, in den gescheiterten Verhandlungen von 1997 und 1998 wurde allerdings das Interesse der USA deutlich, ihre militärische Präsenz in getarnter Form über ein multilaterales Anti-Drogenzentrum aufrechtzuerhalten. Themenschwerpunkt der damaligen Verhandlungen war nicht so sehr der Drogenhandel, sondern vielmehr die Verlängerung bzw. Nichtverlängerung der US-Militärpräsenz nach dem Jahre 2000.

Panama muss sich deshalb die grundsätzliche Frage stellen, ob es für das Land sinnvoll ist oder nicht, wertvolle Liegenschaften weiterhin militärisch und nicht zivil zu nutzen, und ob es sinnvoll ist oder nicht, weiterhin fremde Streitkräfte auf seinem Territorium zu stationieren, während die eigenen Streitkräfte abgeschafft worden sind. Es muss weiterhin über die mit einer Verlängerung der US-Präsenz verbundenen Gefahren diskutiert werden: über die Möglichkeit Zielscheibe von Angriffen oder Repressalien Dritter zu werden, über die Umweltschäden, die durch weiteres Kriegsmaterial verursacht würden, und über die Folgen, wenn nach fast 100 Jahren Republik die Fähigkeit Panamas zur Selbstbestimmung in Frage gestellt würde.

II.3 Das Problem der Grenze zu Kolumbien

Die drohende Gefahr einer erneuten Militarisierung und der Rückkehr zum Militarismus ist gegenwärtig auf Grund der anhaltenden Spannungen an der Grenze zu Kolumbien nicht mehr auszuschließen. Die Ursache für den Grenzkonflikt ist einerseits die allgegenwärtige Gewalt, die in diesem Land herrscht und andererseits die Marginalisierung und Armut der in den panamaischen Grenzgebieten Darién und Kuna Yala lebenden Bevölkerung.

Die Gewalt in Kolumbien hat viele Rädelsführer, und sie ist ein Ausdruck der tiefen Krise, die dieses Land durchlebt. Nach Tomás Eloy Martínez „wurde ein Krieg aller gegen alle entfesselt: Privatjustizgruppen, Drogenhändler, Guerilleros und reguläre Truppen. Als Folge dieser Eskalation der Gewalt sind heute über eine Million Kolumbianer ständig auf der Flucht, fliehen vor der einen oder der anderen Bande, mit ihrem Heer an Krüppeln, Waisen und Witwen im Gefolge.“ Panama teilt seine Grenze mit dieser Realität, und es hat den Anschein, dass es nicht von den Auswirkungen der in Kolumbien herrschenden Gewalt verschont bleiben wird.

Die Lage scheint sich durch den Umstand, dass die Guerillaorganisation FARC auf Grund der Aktivitäten der paramilitärischen Gruppen die Kontrolle über wichtige Teile der Atlantik- und Pazifikküste verloren hat, noch komplizierter zu werden. Häfen, die früher von der Guerilla beherrscht wurden wie z. B. At-

lántico, Magdalena, Córdoba oder das Gebiet von Urabá, werden heute von den paramilitarischen Selbstverteidigungsgruppen von Carlos Castaño kontrolliert.

Die Lage ist äußerst gespannt. „Die Waffenlieferungen aus Mittelamerika und das Einfallen in die Grenzgebiete nahmen beträchtlich ab. Während die Paramilitärs ihre Macht im Norden des Landes konsolidieren konnten, musste sich die Guerilla an die Land- und Flussgrenzen zu Venezuela, Ekuador, Peru und Brasilien zurückziehen, um sich mit Waffen zu versorgen und um internationale Operationen durchführen zu können.“ (Zeitschrift Cambio). Deshalb sind die FARC sehr daran interessiert, die Küsten wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Obwohl ihnen als Ergebnis der Friedensverhandlungen eine entmilitarisierte Zone von über 40.000 km² zugestanden wurde, sind sie über die geringe Sicherheit dieses Gebietes besorgt und beabsichtigen deshalb, Stützpunkte zurückzuerobern, die einen Zugang zum Meer haben.

Die Grenze von Panama zu Kolumbien ist von dem gefährlichen Unwetter, das sich in Kolumbien zusammenbraut, nicht weit entfernt. Es ist nicht auszuschließen, dass das Grenzgebiet über kurz oder lang zum Schauplatz eines Krieges werden könnte. Guerilleros, Paramilitärs, reguläre Streitkräfte, Drogenhändler und gewöhnliche Straftäter machen sich die Schlüsselstellungen für ihre jeweiligen Strategien und Pläne

streitig. Sie haben zwar nicht die Absicht, „Panama zu erobern“, aber sie alle betrachten das Grenzgebiet als eine Rückzugsmöglichkeit für die einen, was jedoch wie ein Magnet Repressalien und Strafmaßnahmen der anderen anziehen wird. Für die im Grenzgebiet ansässige panamaische Bevölkerung werden Tote und Verletzte, Schäden für die Wirtschaft und Menschenrechtsverletzungen die unausweichliche Folge sein.

Vor dem Hintergrund dieser in Kolumbien herrschenden Gewalt wird verständlich, dass es Panama als Schwäche ausgelegt werden könnte, wenn es keine eigenen Streitkräfte besitzt. Zum Ende dieses Jahrhunderts, da das Land dabei ist, sich der Kasernen, der US-Streitkräfte und der Militärbasen zu entledigen, könnten deshalb die kritische Situation an der Grenze zu Kolumbien und die damit heraufbeschworenen Ängste dazu führen, dass der Ruf nach einem eigenen oder fremden Heer wieder laut wird, und die Demokratie und die Souveränität des Landes damit erneut kompromittiert würden. Um dies zu verhindern, müssen drei politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Aufnahme von Gesprächen mit Kolumbien, um eine Lösung bzw. Milderung der gespannten Situation an der Grenze herbeizuführen.
- Maßnahmen zum Schutz des Territoriums und der Kultur der indigenen Gemeinden in den panamaischen Grenzgebieten, mit dem Ziel, ihre Ar-

Die Grenze von Panama zu Kolumbien ist von dem gefährlichen Unwetter, das sich in Kolumbien zusammenbraut, nicht weit entfernt. Es ist nicht auszuschließen, dass das Grenzgebiet über kurz oder lang zum Schauplatz eines Krieges werden könnte.

Mit der Übergabe der Kanalzone wird eine Konfliktsituation beendet und die Voraussetzung für eine ausgewogenere Beziehung zu den USA geschaffen.

mut und soziale Marginalisierung zu überwinden.

- Stärkung des Grenzschutzes und der Grenzüberwachung im Rahmen der beiden vorgenannten Maßnahmen.

II.4 Neue Diskussion über die Nutzung der Militärbasen

Weshalb ist es für Panama nicht sinnvoll, auf seinem Territorium US- Militärbasen und militärische Einrichtungen der USA zu dulden?

1. Die militärische Präsenz der USA würde die volle Souveränität Panamas verhindern, da Panama weiterhin die Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet verwehrt bliebe. Zugleich würde die Möglichkeit zur Selbstbestimmung beschnitten, da die US-Militärpräsenz in der Vergangenheit wiederholt zu Interventionen von Seiten der USA in die Innenpolitik des Landes führte. Die Panamaer sind der Meinung, dass die Kanalzone nicht für militärische Aktivitäten genutzt werden soll. Nach einer unter der Schirmherrschaft der PNUD durchgeführten Meinungsumfrage des *Barómetro Centroamericano sobre Panamá* sprechen sich 77,4% der Befragten dafür aus, dass die Investitionen in die Kanalzone der wirtschaftlichen Entwicklung dienen sollen, und nur 17,7 % sind der Meinung, dass sie für Militärbasen und militärische Einrichtungen der USA genutzt werden sollen.

2. Die militärische Präsenz war für die internationalen Beziehungen Panamas, ganz besonders aber für die Beziehungen zu den USA, nicht förderlich. Mit

der Übergabe der Kanalzone wird eine Konfliktsituation beendet und die Voraussetzung für eine ausgewogenere Beziehung zu den USA geschaffen. Militärbasen sind die Keimzelle für Konflikte zwischen Panama und den USA, aber auch Drittländern. Panama könnte zur Zielscheibe kriegesischer Angriffe von Ländern werden, die mit den USA einen Konflikt austragen, von Drogenkartellen oder der Drogenmafia. Wie US-Offiziere bestätigten, war das *Southern Command*, das im Zuge der Kanalübergabe inzwischen von Panama abgezogen worden ist, für militärische und sicherheitspolitische Aktivitäten in neunzehn lateinamerikanischen Ländern verantwortlich, was weit über das Ziel, den Kanal *in situ* zu verteidigen, hinausging.

3. Die militärische Präsenz wäre eine Bedrohung für die noch junge Demokratie des Landes, da durch die Stationierung fremder Streitkräfte in einem Land, das laut Verfassung über kein eigenes Heer verfügt, Bedingungen für ein erneutes Aufkommen des Militarismus geschaffen würden. Gleichzeitig würde die Präsenz von Militärbasen den Vereinbarungen entgegenstehen, die im Mai 1996 auf den *Encuentros Panamá 2000* - einem Diskussionsforum auf nationaler Ebene - getroffen wurden. Damals kamen alle Vertreter der Zivilgesellschaft, der Parteien und der Regierung überein, dass in Zukunft keine fremden Streitkräfte in Panama stationiert werden sollen und sie erarbeiteten einen Gesetzent-

wurf, der die zivile und wirtschaftliche Nutzung der Kanalzone festschrieb. Dieser Gesetzesentwurf wurde ein Jahr später durch die Nationalversammlung gebilligt.

4. Die militärische Präsenz würde einer ausgewogenen Stadtentwicklung von Panama und Colón im Wege stehen. Wie die Vergangenheit zeigte, haben die Militärbasen - insbesondere die Stützpunkte Howard, Roadman und Kobbe - die Entwicklung der beiden Städte eher negativ beeinflusst.

5. Die militärische Präsenz könnte bewirken, dass das *Southern Command* der US-Streitkräfte erneut für Spionage und Kommunikationsüberwachung in anderen lateinamerikanischen Ländern, für die Koordination mit den lateinamerikanischen Streitkräften und für die Ausbildung von Eliteeinheiten des Militärs und der Polizei lateinamerikanischer Länder eingesetzt wird. Von den sieben Ausbildungslagern (unter ihnen die *Escuela de las Américas*) heißt es, dass sie auch Ausbildungslager für Foltermethoden und Staatsstreiche gewesen seien.

6. Die militärische Präsenz wurde damit gerechtfertigt, dass sie der Bekämpfung des Rauschgifthandels diene. Es scheint jedoch, dass die bisher von den Militärbasen auf panamaischem Boden durchgeführte Flugüberwachung nicht besonders effektiv war, da sich der Rauschgift-handel - auf Grund der allgemeinen Liberalisierung des Handels - fast ausschließlich auf dem Land- und Seeweg vollzieht. Der größte Teil der Dro-

gen, die jährlich in den USA konsumiert werden, werden in ca. 10 Mio. Containern versteckt importiert, wobei die Gesamtmenge an Drogen dem Inhalt von nur etwa 13 Containern entspricht. Die in Panama stationierten Militäreinheiten, die damit beauftragt waren, gegen den Drogenhandel vorzugehen, konnten diesen nicht wesentlich eindämmen. Die Lösung kann also nicht in einer Militarisierung des Kampfes gegen den Rauschgifthandel liegen, sondern nur in einer Restriktion der Nachfrage und anderen Maßnahmen, die einen Rückgang des Drogenangebots zur Folge haben.

7. Die militärische Präsenz hat keinen wesentlichen wirtschaftlichen Gewinn für Panama gebracht. Die USA haben für die Nutzung der militärischen Einrichtungen weder Miete noch Pacht gezahlt, andererseits aber stellen diese Gebiete ein enorme wirtschaftliche Ressource für Panama dar, sofern sie für zivile, soziale und wirtschaftliche Zwecke genutzt werden können.

8. Die militärische Präsenz würde eine Zunahme der Verseuchung durch C-Waffen und Sprengkörper bedeuten. Die bisher vom *Tropical Test Center* (TTC) der US-Streitkräfte durchgeführten Experimente mit Kriegsmaterial haben über dreitausend Hektar Land - das gilt besonders für die Trainingscamps *Balboa West*, *Piña*, *Fort Sherman* und *Emperador* - durch nicht detonierte Munition und Rückstände von chemischen und biologischen Waffen verseucht.

Die militärische Präsenz hat keinen wesentlichen wirtschaftlichen Gewinn für Panama gebracht. Die USA haben für die Nutzung der militärischen Einrichtungen weder Miete noch Pacht gezahlt.

Einerseits betrieben die USA den Schutz des hydrographischen Einzugsgebietes und gestalteten ihre Wohngebiete als Musterbeispiel für das Zusammenleben mit der Natur. Auf der anderen Seite kontaminierten sie in den militärischen Übungsgeländen weite Flächen mit chemischen Waffen und Sprengkörpern.

9. Die militärische Präsenz würde der Herausbildung einer nationalen Identität im Wege stehen. Es würde erneut bekräftigt, dass Panama als Nation nicht fähig ist, die volle Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet zu übernehmen, und dass nach fast 100 Jahren Republik die Vormundschaft einer anderen Macht notwendig ist, um als Gesellschaft und Demokratie funktionieren zu können. Dies würde bedeuten, dass das Motto auf dem Spruchband des panamaischen Wappens *Pro Mundi Beneficio* weiterhin Gültigkeit hätte. Panama würde sich erneut für das Wohlergehen der Welt aufopfern, dieses Mal für die Bekämpfung des Rauschgift-handels, ohne dass es alle seine Ressourcen für die eigene Entwicklung nützen könnte. Es muss an dieser Stelle noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass die Konversion der militärischen Liegenschaften der integralen Entwicklung aller Einwohner, vor allem aber der Ärmsten des Landes dienen soll, und dass sie nicht den Militärs oder Wirtschaftsinteressen überlassen werden dürfen, die die Prinzipien der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit negieren.

II.5 Die Kontaminierung durch Kriegsmaterial

Als Kelvin Pérez Sánchez Anfang Juli 1998 bei Aufforstungsarbeiten einen Pfahl in den Boden rammte, explodierte eine Granate, die ihm ein Auge zerfetzte und weitere schwere Verletzungen zufügte. Pérez Sánchez, ein armer Bauer, arbeitete für ein Unternehmen, das auf dem

Grundstück der ehemaligen Militärbasis Río Hato, die ungefähr 80 km von der Hauptstadt entfernt liegt, Bäume pflanzen ließ. In diesem Gebiet fanden in den 30er Jahren Schießübungen und Manöver für den Abwurf von Bomben statt, außerdem wurden chemische Waffen erprobt.

II.5.1 Munition und Sprengkörper

Während des Kanalbaus in den Jahren 1904 bis 1914 wurde das Gebiet, in dem die Wasserstraße gebaut werden sollte, einschließlich der beiden am jeweiligen Ende des Kanals gelegenen Städte Panama und Colón, unter Leitung der USA gründlich saniert. Ab 1914 bis heute war das Verhalten der USA dagegen sehr viel widersprüchlicher, was das Thema Umwelt anbetraf: Einerseits betrieben die USA den Schutz des hydrographischen Einzugsgebietes und gestalteten ihre Wohngebiete als Musterbeispiel für das Zusammenleben mit der Natur. Auf der anderen Seite kontaminierten sie in den militärischen Übungsgeländen weite Flächen mit chemischen Waffen und Sprengkörpern.

Auf den Truppenübungsplätzen und den Bombenabwurfgeländen wurden fast 90 Jahre lang militärische Manöver durchgeführt, das gilt ganz besonders für *Emperador*, *Balboa West*, *Piña* und *Fort Sherman*. Die Hinterlassenschaft sind 3.175 Hektar Land, das mit Sprengkörpern und nicht explodierter Munition verseucht ist, da man davon ausgehen kann, dass 10% der Munition aus unterschiedlichen Gründen nicht explodierten. Diese Gebiete liegen im Ein-

zugsgebiet von Panama-Stadt, wo die Hälfte der Bevölkerung Panamas lebt und 75% der Wirtschaftsaktivitäten des Landes konzentriert sind. Gegenwärtig sind also insgesamt 56.000 Personen in 65 Gemeinden der direkten Gefahr ausgesetzt, Opfer explodierender Munition zu werden. 27 Menschen wurden bereits getötet und mehrere Hundert verletzt, wie aus einer vor kurzem durchgeführten Untersuchung hervorgeht. Die ländliche Bevölkerung mit geringer Schulbildung ist hierbei besonders gefährdet, da sie sich der Gefahren nicht bewusst ist. Viele benutzen die verseuchten Gebiete dazu, um ihre Grundstücke zu erweitern oder dort auf Jagd zu gehen. Inzwischen sind jedoch in den betroffenen Gebieten Maßnahmen zur Aufklärung und zur Gefahrenverhütung eingeleitet worden.

Gemäß den 1977 abgeschlossenen Torrijos-Carter-Verträgen sind die USA verpflichtet, die ehemaligen Militärgelände geräumt und sauber zu übergeben. Davon kann jedoch keine Rede sein. Es müsste daher ein weiteres Abkommen zwischen der Republik Panama und den USA ausgehandelt werden, in dem die Verantwortlichkeit der USA für die folgenden Punkte festgelegt wird:

- Durchführung von Säuberungsprogrammen auch nach dem 31. Dezember 1999, um zu gewährleisten, dass das gesamte betroffene Gebiet saniert wird.
- Kostenlose Bereitstellung von modernen Geräten zur Ortung

und Entschärfung der Munition in schwer zugänglichen Gebieten, wie dichte Urwälder und steile Berghänge.

- Detaillierter Vergleich der topographischen Karten und der Vegetationskarten mit der Karte, die im Kanalübergabeplan der Torrijos-Carter-Verträge als Grundlage diente, um festzustellen, welche für die Allgemeinheit zugänglichen Gebiete nicht in den Kanalübergabeplan miteinbezogen wurden.
- Eingliederung dieser Gebiete in den Kanalübergabeplan und in jedes weitere Abkommen über Säuberungsprogramme in den betroffenen Gebieten nach 1999.
- Aufnahme der chemischen Munition in den Kanalübergabeplan und in jedes weitere Abkommen über Säuberungsprogramme nach 1999.
- Untersuchungen des Gefahrenpotentials vor Ort. Ausdehnung der Untersuchungen auf Gebiete, die in den Torrijos-Carter-Verträgen nicht ausdrücklich genannt werden.
- Erstellung einer Durchführbarkeitsstudie durch die USA in Bezug auf das Orten und Entschärfen sowie die Beseitigung von Munition in unzugänglichen Gebieten, einschließlich der kontrollierten Verbrennung wie sie in Fort Ord, Kalifornien, durchgeführt wird. Es muss gewährleistet sein, dass der Boden in den verseuchten Gebieten Parzelle für Parzelle abgesucht wird, damit dort in Zukunft wieder ein gesunder Wald wachsen

Gegenwärtig sind insgesamt 56.000 Personen in 65 Gemeinden der direkten Gefahr ausgesetzt, Opfer explodierender Munition zu werden. 27 Menschen wurden bereits getötet und mehrere Hundert verletzt

Die US-Regierung hat wiederholt versichert, dass sie, was die Sanierung der Militärbasen angehe, „ihr Möglichstes“ getan habe. Diese Version kann jedoch von der panamaischen Regierung unter keinen Umständen akzeptiert werden.

kann und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt auf ein Minimum reduziert werden können. Von einem Land, das auf einer Strecke von fast 82 km Erde für den Bau des Kanals aushob, können wir erwarten, dass es sich verpflichtet fühlt, einen Wald, den es voller Sprengkörper hinterlassen hat, wieder zu säubern und von Minen zu räumen, und dass es sich der Forderung nach einer gesunden, nicht verseuchten Umwelt nicht verschließt.

- Zahlung einer Entschädigungssumme an Panama bei Scheitern der Verhandlungen in Höhe von 480 Mio. \$ für die Säuberung der 3.175 Hektar Land, die noch kontaminiert sind, und 1 Mio. \$ zusätzlich für Streifendienste, Pflege des Waldes und Überwachung dieses Gebietes.

Der ehemalige Präsident Ernesto Pérez Balladares und auch die neu gewählte Präsidentin Mireya Moscoso haben bekräftigt, dass die Zustimmung zur Übergabe von Gebieten, die noch nicht gesäubert sind, die USA keineswegs von der Verpflichtung entbindet, diese Gebiete auch nach ihrem Abzug am 31. Dezember 1999 von Minen und Sprengkörpern zu räumen und entsprechende Entschädigungssummen an die Opfer zu zahlen.

Artikel IV des Torrijos-Carter-Vertrags über die ständige Neutralität und den Betrieb des Panama-Kanals lautet: „In Übereinstimmung mit diesem Vertrag sind die Vereinigten Staaten verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die reali-

sierbar sind, um zu gewährleisten, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem das Nutzungsrecht der USA auf die Kanalzone erlischt, auf allen Truppenübungsplätzen, Militärgeländen oder einem Teil derselben das Leben, die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen in keiner Weise bedroht ist.“

Panama hat wiederholt bekräftigt, dass „die Vereinigten Staaten diesen Artikel einseitig auslegen, wenn sie ihre Verantwortung für das panamaische Gebiet als für beendet erklären, sobald sie die Militärbasen soweit gesäubert haben, wie sie es für realisierbar halten. Diesen ungeachtet besteht die panamaische Regierung jedoch darauf, dass die Bodensanierung mehrere Meter in die Tiefe gehen muss, um die wirtschaftliche Nutzung dieser Gebiete zu garantieren. Dieser Forderung hält die USA entgegen, dass sich die nicht detonierte Munition vorwiegend in schwer zugänglichen Waldgebieten befindet, und dass die totale Säuberung die Zerstörung von vielen Hektar Urwald mit sich bringen würde. Sie empfiehlt deshalb, diese Gebiete zu Naturreservaten zu erklären und Warnschilder anzubringen, um eine Tragödie zu verhindern.“ (Barroso, 1999)

Die US-Regierung hat wiederholt versichert, dass sie, was die Sanierung der Militärbasen angehe, „ihr Möglichstes“ getan habe. Diese Version kann jedoch von der panamaischen Regierung unter keinen Umständen akzeptiert werden. Sie fordert deshalb die USA auf, ihre

Technologie zur Säuberung der kontaminierten Gebiete einzusetzen, um ihren in den Carter-Torrijos-Verträgen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

II.5.2 Chemiewaffen

Über 40 Jahre lang testeten die USA in Panama C-Waffen, ohne dass die Regierung oder die Bevölkerung davon unterrichtet worden wären.

In den 20er Jahren bis 1946 diente das Chemiewaffenprogramm der Verteidigung des Kanals, und von 1943 bis 1968 der Erprobung chemischer Kampfstoffe unter tropischen Bedingungen.

Die ersten Pläne zur Verteidigung des Kanals mittels Chemiewaffen wurden bereits 1923 gefasst, wie aus einem in Panama verfassten Bericht von General Preston Brown hervorgeht: „Seit langem bin ich der Meinung, dass der tropische Regenwald mit seiner Hitze und Feuchtigkeit ideale Bedingungen für den Einsatz von Giftgasen bietet.“

Der Chemical War Service der Vereinigten Staaten fasste 1941 in Panama Fuß, als in sieben Militärbasen Lager für chemische Munition eingerichtet wurden. Im Juli 1941 wurden - soweit bisher bekannt - die ersten Versuche durchgeführt, bei denen chemische Waffen mit Giftgasen getestet wurden.

Am 20. Dezember 1943 schlug der Konsul der Vereinigten Staaten vor, auf der Insel San José im Archipel von Las Perlas im Golf von Panama „bestimmte chemische Kriegswaffen unter

den Bedingungen des Urwalds zu testen“. Von Mai 1944 bis Ende 1947 wurden auf dieser Insel fast 150 Tests durchgeführt. Zu den getesteten chemischen Kampfstoffen gehörten destilliertes Senfgas, Phosgen, Cyanchlorid und Blausäure. Die für die Insel San José bestimmte chemische Munition wurde auf dem Stützpunkt Río Hato gelagert. Ein US-Offizier beschrieb das Lager nach einer Inspektion im Jahre 1946 als „ein schreckliches Szenarium“. Das auf der Insel San José durchgeführte Projekt beinhaltete auch mehrere Versuche mit Soldaten. So diente zum Beispiel einer der Tests der Feststellung, ob Truppen aus Puerto Rico gegenüber Senfgas sensibler reagieren als US-Truppen.

Zwischen 1953 und 1957 führte das *Tropical Test Center* vierteljährlich Versuche mit destilliertem Senfgas in Panama durch. Hierzu ein Bericht von 1956: „Das auf einer kleinen Anhöhe am Chivo-Chivo Weg gelegene Gelände wird für großangelegte Versuche benutzt, um Zündvorrichtungen zu testen. In geringerem Umfang werden auch Versuche mit toxischem Material durchgeführt.“ Das Gelände, das auch der Endlagerung von chemischen Kampfstoffen dient, ist nur begrenzt zugänglich und gut gekennzeichnet, um den Zutritt von nicht befugten Personen zu verhindern. Aus dem Bericht geht eindeutig hervor, dass auch chemische Minen erprobt worden sind.

Das *Tropical Test Center* führte in Panama von 1964 bis 1968 mindestens vier Tests zur Lage-

Über 40 Jahre lang testeten die USA in Panama C-Waffen, ohne dass die Regierung oder die Bevölkerung davon unterrichtet worden wären.

Es ist nichts darüber bekannt, ob die USA nach 1968 chemische Kampfstoffe in Panama lagerten oder Tests mit Giftgasen durchführten. Die US-Streitkräfte haben lediglich zugegeben, seit 1979 „begrenzte und kontrollierte Laborversuche mit verschiedenen Tränengaswirkstoffen“ in Panama durchgeführt zu haben.

rung von Munition mit den Nervengiften VX und Sarin (VX-Minen, -Raketen und -Projekteile und Sarin-Raketen) durch. Im Fall der VX-Mine vom Typ M-23 sollte untersucht werden, welche Auswirkung das tropische Klima auf die Lagerung und die Funktionsfähigkeit der Mine hat. Eine M-23-Mine besitzt einen Durchmesser von 5 bzw. 13 Zoll und ist mit 4,77 kg VX gefüllt. Da bereits eine Dosis von 10 Milligramm tödlich ist, hatte jede dieser VX-Minen theoretisch fast eine halbe Million letaler Dosen. Ein ehemaliger Projektleiter des TTC vermutet, dass die Detonationsversuche mit VX-Minen auf den in der Kanalzone gelegenen Militärbasen Emperador oder Piña durchgeführt wurden.

Es ist nichts darüber bekannt, ob die USA nach 1968 chemische Kampfstoffe in Panama lagerten oder Tests mit Giftgasen durchführten. Die US-Streitkräfte haben lediglich zugegeben, seit 1979 „begrenzte und kontrollierte Laborversuche mit verschiedenen Tränengaswirkstoffen“ in Panama durchgeführt zu haben.

Bei allen Minen, gleichgültig ob es sich um konventionelle oder um chemische Minen handelt, gibt es immer eine gewisse Anzahl, die verlegt oder verstreut werden, die aber nicht detonieren. Diese so genannten UXO-Minen (Unexploded Explosive) sind jedoch gerade die Minen, die für Menschen besonders gefährlich sind, weil sie sie ahnungslos aufheben, dagegen treten oder mit ihnen spielen.

Auf der Insel San José wurden Tausende von Minenwerfern und chemischen Bomben über elf „Weißen Flecken“, die sich vorwiegend auf der Nordseite der Insel befanden, zur Detonation gebracht oder abgeworfen. Bei den 18 Versuchen über die Unterlagen eingesehen werden konnten, kamen 4.397 Minenwerfer und Bomben zum Einsatz. Wenn man also davon ausgeht, dass bei den restlichen 130 Versuchen durchschnittlich ebensoviel Munition detonierte bzw. abgeworfen wurde, würde dies bedeuten, dass auf San José 31.267 chemische Waffen zum Einsatz kamen. Bei einem Prozentsatz von 10% nicht detonierter Munition würde dies bedeuten, dass auf dieser Insel noch 3.127 chemische UXO-Minen verstreut sind. Der US-Bombenexperte Rick Stauber erklärte, dass aus Dokumenten, die er während einer Inspektion in Panama einsehen konnte, hervorgehe, dass die USA in France Field (Colón) in den 30er Jahren Chemiewaffen, einschließlich Senfgasbomben, die nicht dicht waren, vergraben haben. Diese Aussage wurde von Beamten des US-Verteidigungsministeriums implizit bestätigt, als sie sich gegenüber der Behörde für die Interozeanische Region (ARI)² dahingehend äußerten, dass sich die toxischen Gase der in France Field vergrabenen Bomben inzwischen verflüchtigt hätten.

Die Laborversuche mit Chemiewaffen in den 50er und 60er

² Anm. der Übers.: Behörde, die damit beauftragt ist, alle ehemaligen US-Gelände und -Einrichtungen in der Kanalzone zu vermarkten.

Jahren werfen die Frage nach den Sicherheitsbestimmungen für chemische Kampfstoffe auf. Nach Aussage des Toxikologen Theodore Henry können „bei Laborversuchen Giftstoffe in die Umwelt entweichen, die nicht durch Detektoren geortet werden können, wie dies z.B. bei Munition der Fall ist.“

Für die Durchführung der Tests von 1964 bis 1968 mit dem Nervengift VX lautete die Bestimmung, dass das Gift an Ort und Stelle unschädlich gemacht werden müsse. Wenn aber für die Tests VX-Minen zur Detonation gebracht worden sind, die noch mit Gas gefüllt waren, hätte dies die Verseuchung des betroffenen Gebietes für mehrere Wochen zur Folge gehabt, da sich das Gas erst nach einiger Zeit in relativ harmlose chemische Verbindungen umwandelt.

Offiziere der US-Armee haben behauptet, dass Chemiewaffen nur „eine kurze Lagerbeständigkeit“ haben und dass die Wirkstoffe der vergrabenen Munition sich inzwischen längst verflüchtigt hätten. Diese Behauptung gilt jedoch nur für chemische Wirkstoffe, die versprüht oder gezündet wurden. Chemische Wirkstoffe, die gelagert oder in Behältern oder Fässern abgefüllt werden, können Jahrzehnte wirksam bleiben, ohne dass sie sich verflüchtigen. Deshalb tragen Fischer noch heute Verletzungen davon, wenn ihnen in der Ostsee Chemiewaffen in die Netze geraten, die dort vor mehr als 50 Jahren versenkt worden sind.

Dieser Sachverhalt wird u. a. von Oberst Edmund W. Libby,

Leiter des Projekts zur Lagerung von chemischem Kriegsmaterial, das im Rahmen des Programms zur Vernichtung von C-Waffen der US-Streitkräfte durchgeführt wird, bestätigt: „Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass die Wirkstoffe von C-Waffen ihre toxischen Eigenschaften über viele Jahre beibehalten können, wenn sie in Containern gelagert werden, in Munition eingeschlossen sind oder auf andere Weise in großer Menge aufbewahrt werden.“

Auf der Insel San José existiert daher 30 Jahre nach Durchführung der Tests immer noch die Gefahr, dass Blindgänger von chemischen Waffen explodieren. Dazu ein Zitat des Pentagon aus dem Jahre 1979: „Eine Mannschaft zur Beseitigung von explosiver Munition wurde 1974 vom Sohn des Herrn Tupper um Hilfe ersucht, da einer seiner Arbeiter sich verbrannt hat.“

Die panamaische Regierung hat die USA wiederholt und in aller Form ersucht, ihr Unterlagen über die in Panama durchgeführten Tests mit Chemiewaffen auszuhändigen. Wie von regierungsamtlicher Seite bestätigt wird, haben die USA jedoch bisher keine Stellung dazu genommen, ob sie bis Juli 1998³ in Panama Chemiewaffenprogramme durchgeführt haben. Die USA händigten lediglich die bereits erwähnten vier Berichte von Tests mit Nervengas aus. Alle anderen Ansuchen Panamas wurden von Offizieren der US-Streitkräfte mit kurzen Schrei-

Die panamaische Regierung hat die USA wiederholt und in aller Form ersucht, ihr Unterlagen über die in Panama durchgeführten Tests mit Chemiewaffen auszuhändigen.

³ Am 7. Juli 1998 ratifizierte Panama das C-Waffen-Abkommen (d.Ü.).

Das von Panama und den USA ratifizierte C-Waffen-Abkommen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten dazu, keine C-Waffen zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder einzusetzen. Es gibt Panama das Recht, die USA zu belangen.

ben beantwortet, in denen das Thema Chemiewaffen nur ganz allgemein behandelt wurde.

Allein die Vorstellung, dass weiterhin einsatzfähige Chemiewaffen, die in Panama vergraben wurden oder in Deponien lagern in falsche Hände geraten könnten, wäre ein Grund mehr, dass die USA Panama endlich mitteilen, wo im Land sich noch chemische Kampfstoffe oder Munition befinden.

II.6 Nachverhandlungen zur Beseitigung von Kriegsmaterial

Das von Panama und den USA ratifizierte C-Waffen-Abkommen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten dazu, keine C-Waffen zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder einzusetzen. Es gibt Panama das Recht, die USA zu belangen. In dem in Frankreich unterzeichneten Abkommen heißt es: „Unter Chemiewaffen sind insgesamt oder im einzelnen zu verstehen: Munition oder Geräte, die auf Grund der toxischen Eigenschaften ihrer spezifischen Substanzen ausdrücklich dazu bestimmt sind, Menschen zu töten oder zu verletzen.“ In diesem Abkommen wird auch auf die Verpflichtung eines Staates gegenüber einem anderen Staat in Bezug auf die Säuberung von Gebieten, die der Lagerung von Chemiewaffen dienten, hingewiesen.

Falls Panama sich auf das C-Waffen-Abkommen beruft, wären die USA gezwungen, 30 Tage nach Übergabe der kontaminierten Gebiete vor den Unterzeichnerstaaten zu erklären, ob sie weiterhin Chemiewaffen besitzen oder Waffen dieser Art

in Panama zurückgelassen haben. Außerdem müssten sie den genauen Ort, wo sich die C-Waffen befinden, angeben und ein Verzeichnis über das in Panama eingesetzte chemische Kriegsmaterial anfertigen.

In dem Abkommen heißt es weiter: „Jeder der Unterzeichnerstaaten, auf dessen Territorium Chemiewaffen zurückgelassen wurden, die der Besitz oder das Eigentum eines anderen Staates sind, muss alles in seinen Kräften stehende veranlassen, damit diese Waffen spätestens ein Jahr nach In-Kraft-Treten dieses Abkommens von seinem Territorium entfernt werden. Geschieht dies nicht, kann der betroffene Staat die OPCW und die anderen Unterzeichnerstaaten darum ersuchen, ihnen bei der Vernichtung der C-Waffen zu helfen.“⁴ Gemäß dem C-Waffen-Abkommen sind unter „zurückgelassenen Waffen“ alle C-Waffen zu verstehen, die nach 1946 produziert wurden. C-Waffen, die von 1925 bis 1946 produziert wurden, fallen nur dann darunter, wenn sie weiterhin als „brauchbar“ eingestuft werden können.

Die panamaischen Behörden haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die USA als mitverantwortlicher Staat für die Entsorgung der C-Waffen auf panamaischem Gebiet ihnen weder gestattet habe, bei der Ausarbeitung eines Berichts über das Ausmaß der Kontamination, noch bei der Erstellung

⁴ Anm. der Übers.: Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) mit Sitz in den Haag, die die Einhaltung des C-Waffen-Abkommens überwachen soll.

eines Programms zur Säuberung der betroffenen Gelände mitzuwirken.

Die USA gaben vor der OPCW nach dem In-Kraft-Treten des C-Waffen-Abkommens im April 1997 innerhalb von 30 Tagen eine Erklärung ab. Diese enthielt allerdings keine Angaben zu C-Waffen, die sie in anderen Ländern zurückgelassen haben. Da die USA jedoch zumindest auf der panamaischen Insel San José C-Waffen zurückgelassen haben, kommen sie den Bestimmungen des C-Waffen-Abkommens nicht nach, denn diese besagen, dass die in anderen Ländern zurückgelassenen C-Waffen deklariert werden müssen.

Gemäß dem C-Waffen-Abkommen muss Panama alle relevanten Informationen über die auf seinem Gebiet zurückgelassenen C-Waffen vorlegen und die USA müssen „alle notwendigen Erleichterungen in Bezug auf Finanzierung, Technisches Know-How, Fachleute und anderweitige Mittel zur Verfügung zu stellen“, um die Vernichtung der in Panama zurückgelassenen C-Waffen zu ermöglichen.

Wenn die USA ihrer Verpflichtung, die in Panama zurückgelassenen C-Waffen entweder zu deklarieren oder fachgerecht zu entsorgen, nicht nachkommen, kann die Konferenz der Unterzeichnerstaaten des C-Waffen-Abkommens die Rechte oder Privilegien der USA hinsichtlich dieses Abkommens einschränken oder aufheben. Wenn die Verletzung der eingegangenen Verpflichtungen „besonders schwerwiegend“ ist, kann die

Konferenz das Thema vor die Vereinten Nationen bringen.

Gemäß dem bereits erwähnten Artikel IV des Torrijo-Carter-Vertrags über die ständige Neutralität sind die USA dazu verpflichtet, alle realisierbaren Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass bei der Kanalübergabe von allen Gebieten der ehemaligen Kanalzone keine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der panamaischen Bevölkerung ausgeht. Das heißt, dass die USA noch vor der Übergabe der Kanalzone an Panama Maßnahmen zur Entfernung der auf den Militärbasen vergrabenen Chemiewaffen ergreifen müssen. Bisher ist diesbezüglich jedoch nichts geschehen. Wie bereits erwähnt, wurden noch nicht einmal die Sprengkörper und die nichtdetonierten Munition in den betroffenen Gebieten entfernt. Die US-Regierung hat auf ihrem eigenen Territorium überall, wo C-Waffen benutzt oder getestet wurden, einschließlich der Stellen, wo chemische Munition vergraben wurde, Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Es handelt sich also keineswegs um eine Aufgabe, die eine Weltmacht wie die USA vor technisch unlösbare Probleme stellen würde.

Das C-Waffen-Abkommen ist ein völlig neues juristisches Instrument, das auf die Vernichtung aller C-Waffen abzielt. Ein Erfolg dieses Abkommens käme allen zugute: den USA, Panama, anderen Staaten und auch dem privaten Sektor. Außerdem dürfte es sowohl im Interesse der USA als auch im Interesse

Die US-Regierung hat auf ihrem eigenen Territorium überall, wo C-Waffen benutzt oder getestet wurden, einschließlich der Stellen, wo chemische Munition vergraben wurde, Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Es handelt sich also keineswegs um eine Aufgabe, die eine Weltmacht wie die USA vor technisch unlösbare Probleme stellen würde.

Der Torrijos-Carter-Vertrag über die ständige Neutralität und den Betrieb des Panamakanals und seine Anhänge sind ein Instrument, das den USA auch nach dem Jahre 2000 die ständige militärische Intervention in Panama ermöglicht.

von Investoren und Kommunen in Panama liegen, dass in den Gebieten innerhalb und außerhalb der Kanalzone (Insel San José und der ehemalige Stützpunkt Río Hato), auf denen Chemiewaffen getestet oder vergraben wurden, sichere Lebens- und Arbeitsbedingungen garantiert werden können.

Aus den genannten Gründen wäre es zu begrüßen, wenn

1. die USA die Regierung Panamas umfassend darüber informierten, wo überall chemische Munition und Waffen zurückgelassen wurden;
2. die USA die Mittel für eine schnelle und sichere Entsorgung bereitstellten;
3. die USA Sondermittel, einschließlich eines qualifizierten Personals, für die Ausarbeitung einer Dokumentation über die von den USA in Panama eingesetzten C-Waffen zur Verfügung stellten. Diese Dokumentation sollte allen zugänglich sein.

II.7 Die echte Neutralität des Kanals

Der Torrijos-Carter-Vertrag über die ständige Neutralität und den Betrieb des Panamakanals und seine Anhänge sind ein Instrument, das den USA auch nach dem Jahre 2000 die ständige militärische Intervention in Panama ermöglicht. General Omar Torrijos bekannte bei der feierlichen Unterzeichnung der Verträge im Jahre 1977, dass der Neutralitätsvertrag „uns unter den defensiven Schutzschirm des Pentagon stellt“ und zu „einem Instrument der ständigen Intervention“ seitens der USA in

Panama werden könnte. Ein paar Tage später bestätigte er diesen Sachverhalt indem er eingestand, dass das Interventionsrecht der USA der Preis gewesen sei, den Panama bei den Verhandlungen zur Übergabe des Kanals und der Kanalzone an Panama habe zahlen müssen.

Henry Kissinger, der in seiner Funktion als US-Außenminister eine zeitlang beim Aushandeln der Verträge mitwirkte, erklärte fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung: „Die neuen Verträge festigen die moralische und juristische Position der Vereinigten Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen weitaus mehr als der Vertrag von 1903, obwohl dieser nicht von einem Panamaer unterzeichnet wurde und insgesamt als außerordentlich ungerecht angesehen wird. Wir werden nie mehr die Chance haben, unsere Interessen unter so günstigen, wie den ausgehandelten Bedingungen, sicherzustellen.“

Julio E. Linares, Experte für internationales Recht, brachte seine Meinung mit folgendem Satz auf den Punkt: „Wir sind mit einer derartigen Härte behandelt worden, als ob wir einen Krieg gegen die USA verloren hätten.“

Das eigentliche Ziel der Torrijos-Carter-Verträge - die Verwaltung, die Verteidigung, die Instandhaltung und der Betrieb des Kanals durch Panama ab dem Jahre 2000 - ist durch den Neutralitätsvertrag und seinen entsprechenden Vertragsänderungen, Bedingungen, Klauseln und Zusatzprotokollen, die der

US-Senat nach der Unterzeichnung der Verträge und dem Volksentscheid in Panama durchsetzte, mediatisiert worden.

Im Bezug auf die Verteidigung des Kanals wird den USA unter der Klausel Concini das für Panama äußerst bedrohliche Interventionsrecht zugestanden: „Die Vereinigten Staaten sind in Übereinstimmung mit ihren verfassungsrechtlich verbürgten Befugnissen berechtigt, alle Maßnahmen - einschließlich des Einsatzes von militärischer Gewalt - zu ergreifen, die sie für notwendig erachten, um den Kanal gegebenenfalls wieder zu öffnen oder in Betrieb nehmen zu können.“

Das heißt also, dass die USA aus außenpolitischen Gründen (Kriege, internationale Situation) oder aus innenpolitischen Gründen (Regierung, die sich den USA gegenüber „feindlich“ verhält, Streiks, Druck der öffentlichen Meinung) die einseitige Entscheidungsbefugnis - und zwar ohne zeitliche Begrenzung - besitzen, in Panama zu intervenieren, wenn sie der Meinung sind, dass eine bestimmte Situation ihre Sicherheit oder die freie Durchfahrt durch den Kanal gefährdet.

Diese Rechte der USA gelten nicht nur für den bestehenden Panama-Kanal, sondern für jede andere Wasserstraße, die in Zukunft in Panama gebaut werden wird, gleichgültig ob sie das Land ganz oder teilweise durchquert, und ungeachtet der Tatsache, ob die USA sich an ihrem Bau und/oder der Finanzierung beteiligen werden. Sie haben

außerdem das Recht, dass ihre Kriegsschiffe und die ihrer Verbündeten nach dem Jahre 2000 den Kanal passieren dürfen.

Der Neutralitätsvertrag mit seinen Anhängen eröffnet den USA darüber hinaus die Möglichkeit auch nach dem Jahre 2000 Militärabkommen auszuhandeln und zu beschließen, die den Verbleib vorhandener oder die Einrichtung zukünftiger US-Militäranlagen in Panama erlaubt.

Der Neutralitätsvertrag besitzt weder ein Ablaufdatum noch eine Vereinbarung über einen internationalen Vermittlungsausschuss zur Schlichtung von Vertragsverletzungen oder Meinungsverschiedenheiten. Außerdem ist er ein Instrument, das durch das Interventionsrecht die panamaische Unabhängigkeit gefährdet, und den USA gestattet, sich in Angelegenheiten einzumischen, für die sie nicht zuständig sind, da der Kanal nach der Übergabe unter der vollen Souveränität Panamas stehen wird.

Panama wird es in Zukunft ohne eigene Militärkasernen und ohne fremde Militärbasen, ohne Staatstreiche und ohne Invasionen sehr viel besser gehen als in der Vergangenheit. Panama muss deshalb zu gegebener Zeit zu erreichen versuchen, dass die Klauseln des Neutralitätsvertrages, die eine US-Intervention erlauben und die ihn damit zu einem für Panama nachteiligen Vertrag machen, aus dem Vertragswerk eliminiert werden.

Die USA besitzen die einseitige Entscheidungsbefugnis - und zwar ohne zeitliche Begrenzung, in Panama zu intervenieren, wenn sie der Meinung sind, dass eine bestimmte Situation ihre Sicherheit oder die freie Durchfahrt durch den Kanal gefährdet.

III. Eine neue Qualität der Politik in Panama

Die Übergabe der Kanalzone an Panama machte es notwendig, ein neues Verwaltungsmodell für die interozeanische Wasserstraße ab dem 31. Dezember 1999 zu konzipieren und gleichzeitig ein Leitschema für die Konversion und die friedliche Nutzung der in der Kanalzone gelegenen Gebiete zu entwickeln. Deshalb wurde im Mai 1996 ein ständiges Diskussionsforum gegründet - die *Encuentros Panama 2000* -, um diese Themen auf nationaler Ebene zu debattieren und um nach Punkten der Übereinstimmung und des Konsenses zu suchen.

Die *Encuentros* gaben einem breiten Spektrum der organisierten Zivilgesellschaft, den politischen Parteien und der Regierung die Möglichkeit, Vorschläge zu diesen für Panama lebenswichtigen Themen zu unterbreiten. Den *Encuentros* gingen vorbereitende Sitzungen voraus, denen mehrere Workshops folgten, und es konnten zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden, die im Jahre 1997 von der gesetzgebenden Versammlung gebilligt wurden.

An dem ersten Treffen im Mai 1996 - wie auch an den nachfolgenden - nahmen eine Delegation der Regierung und die Vertreter der politischen Parteien, sowie die unterschiedlichsten Vertreter der Zivilgesellschaft teil, u.a. das Forum „Frau und Entwicklung“, der Beirat der organisierten Arbeiter, die Stiftung für Arbeit, die Gewerkschaften der Kanalangestellten,

der Beirat der Privatunternehmen, das Frauenforum der politischen Parteien, der Koordinierungsausschuss für indigene Völker, der ökumenische Rat der Kirche, die Katholische Kirche, die Vereinigung von kleinen und mittleren Produzenten, der Rat der Universitätsrektoren, akademische Gruppen, sowie der Beirat der Genossenschaften. Die Diskussionsleitung bei diesem wie auch den nachfolgenden Treffen wurde dem ehemaligen kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancourt übertragen.

Es wurde eine Einigung darüber erzielt, dass die Nutzung der Kanaleinrichtungen und des Kanalgeländes der Entwicklung des Landes und der Gesellschaft zugute kommen soll. Es wurde ferner als notwendig erachtet, bei allen Entscheidungen, die den Kanal betreffen, parteipolitische oder sektorale Interessen auszuschließen, um die Rentabilität und die Wettbewerbsfähigkeit der interozeanischen Wasserstraße sicherzustellen. Deshalb dürfen die Mitglieder des Direktoriums der Kanalbehörde nur auf Grund ihrer Fähigkeiten, ihrer Verdienste und ihrer Integrität ernannt werden. Darüber hinaus wurden arbeitsrechtliche Fragen für die Beschäftigten der Kanalbehörde, die Ausbildung von einheimischen Fachkräften und die wachsende Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Kanalbehörde behandelt. Übereinstimmung erzielten die Delegierten auch in ökologischen Fragen, die die interozeanische Region betreffen.

Die *Encuentros* gaben einem breiten Spektrum der organisierten Zivilgesellschaft, den politischen Parteien und der Regierung die Möglichkeit, Vorschläge zu diesen für Panama lebenswichtigen Themen zu unterbreiten.

Die Kanalbehörde wurde mit der Aufgabe betraut, die Naturressourcen zu schützen und zu wahren und notwendige Maßnahmen mit anderen staatlichen Organisationen zu koordinieren. Weiter einigten sich die Teilnehmer darauf, dass das Kanal-thema nicht einer einzelnen Regierung überlassen werde dürfe, sondern zur Staatsaufgabe erhoben werden müsse, und dass es notwendig sei, kommunikative und erzieherische Prozesse einzuleiten, um die Bevölkerung über dieses Thema zu unterrichten. In der Abschlusserklärung des ersten *Encuentros* wurde nachdrücklich darauf verwiesen, dass im Zentrum der Bemühungen „der Mensch und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der interozeanischen Region, die Interessen ihrer Bewohner sowie die Belange der Umwelt stehen.“

Obwohl auf den *Encuentros* zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und diese ein Jahr später durch die gesetzgebende Versammlung gebilligt wurden - Gesetz über die Kanalbehörde und Gesetz über die Nutzungspläne der übergebenen Gebiete - kam es bei ihrer Inkraftsetzung im Jahre 1997 zu Problemen in Bereichen, die nicht eindeutig definiert worden waren, wie zum Beispiel die Zusammensetzung des Direktoriums der Kanalbehörde. Die Ernennung durch den damaligen Präsidenten Pérez Balladares führte zu einer Zusammensetzung, die von der öffentlichen Meinung kritisiert wurde, da sie zu sehr an die familiären und wirtschaftlichen

Interessen von Balladares geknüpft waren.

Die Teilnehmer der organisierten Zivilgesellschaft an den *Encuentros* nutzten die Chance, ein eigenes Diskussionsforum, die *Asamblea de la Sociedad Civil* (ASC), zu gründen, das der ständigen Beratung, Diskussion, Konsensfindung und der konzentrierten Aktion aller Gruppen der organisierten Zivilgesellschaft dient. Der von der ASC auf den *Encuentros 2020* ausgearbeitete Sozialpakt wurde von den Präsidentschaftskandidaten und den sich im Mai dieses Jahres zur Wahl stellenden Parteien unterschrieben und für verbindlich erklärt. Die ASC bekräftigte, dass die Agenda des Sozialpaktes über die bereits gebilligten Gesetze weit hinausginge und Kompromisse darstelle, die von allen Teilnehmern getragen würden. Sie wies auf die Notwendigkeit hin, die Beteiligung an der Diskussion auf allen Ebenen zu ermöglichen, damit durch die Vielfalt der vorgebrachten Vorschläge und Anregungen der panamaische Staat und die Gesellschaft gestärkt würden.

Die Agenda des Sozialpaktes umfasst die folgenden Punkte:

- Effiziente Verwaltung des Kanals.
- Zivile und nicht militärische Nutzung der Kanalzone und der militärischen Liegenschaften zur Förderung einer ausgewogenen städtischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklung in der interozeanischen Region.

Die Teilnehmer der organisierten Zivilgesellschaft an den *Encuentros* nutzten die Chance, ein eigenes Diskussionsforum, die *Asamblea de la Sociedad Civil* (ASC), zu gründen, das der ständigen Beratung, Diskussion, Konsensfindung und der konzentrierten Aktion aller Gruppen der organisierten Zivilgesellschaft dient.

Panama hat die Erfahrung gemacht, dass es fähig ist, sich auf nationaler Ebene auf einen gemeinsamen Aktionsplan zu verständigen.

- Verbesserung der Lebensqualität aller Panamaer, gemäß den Prinzipien der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit, durch die wirtschaftliche Nutzung der interozeanischen Region.
- Unnachgiebige Haltung der panamaischen Regierung gegenüber den USA hinsichtlich der Säuberung und Sanierung der kontaminierten Gebiete, damit diese einer geeigneten Nutzung zugeführt werden können.
- Wachsende Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Kanalbehörde.
- Ausklammerung von parteipolitischen oder sektoralen Interessen bei allen die Kanalbehörde betreffenden Entscheidungen.
- Schutz der Arbeitsrechte und -bedingungen der Beschäftigten der Kanalbehörde.
- Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der Kanalbehörde ausschließlich auf Grund ihrer Verdienste und ihrer Integrität.
- Ständiges interaktives Diskussionsforum auf nationaler Ebene unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, der politischen Parteien und der Regierung.
- Schutz des ökologischen Systems in der interozeanischen Region.
- Pflege und Schutz der Nationalparks *Parque Natural Metropolitano* und *Parque Nacional Camino de Cruces*.
- Ausarbeitung eines Stadtentwicklungsplans der mit den Bodennutzungsplänen der Kanalregion kompatibel ist.
- Stärkere Beteiligung der lokalen Behörden bei der Entwicklung und Anwendung der Bodennutzungspläne.
- Abstimmung mit den Bewohnern der verschiedenen Kommunen des Kanalbeckens, um über neue Bodennutzungspläne und die Förderung neuer Wirtschaftsaktivitäten, Einkommensverbesserungen in der Region zu erzielen.
- Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenspekulation, um sicherzustellen, dass auch die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen Land kaufen können.

Dieser von der ASC aufgestellte Forderungskatalog stellt eine doppelte Verpflichtung dar, da er nicht nur von den Teilnehmern an den *Encuentros*, sondern auch von den Präsidentschaftskandidaten und den sich zur Wahl stellenden Parteien unterschrieben wurde. Er zeigt gleichzeitig die unabdingbaren Leitlinien auf, die die Staatsagenda enthalten muss, um einen effizienten Betrieb des Kanals und seine Eingliederung in die panamaische Gesellschaft gewährleisten zu können.

Panama hat die Erfahrung gemacht, dass es fähig ist, sich auf nationaler Ebene auf einen gemeinsamen Aktionsplan zu verständigen. Das war der Fall in den 60er Jahren - quasi die Feuerprobe - als sich das Land gegen die US-Invasion im Jahre 1964 zusammenschloss, in den 70er Jahren, als unter dem populistischen Militarismus General Torrijos die Übergabe des Kanals ausgehandelt wurde, und Mitte der 90er Jahre, als unter

demokratischen Bedingungen die *Encuentros Panama 2000* ins Leben gerufen wurden. Diese Erfahrung ist ein positiver Faktor, der Panama darin bestärkt, dass es nicht nur fähig ist, den Kanal rentabel zu betreiben, sondern auch seine Geschicke in Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Bibliographie

- Barroso, Arnulfo: *Panamá. Al negarse a sanear a satisfacción sus bases militares, Estados Unidos podría dejar en Panamá artefactos peligrosos*. Servicio Informativo Iberoamericano, Organización de Estados Iberoamericanos para Educación, la Ciencia y la Cultura, August 1999.
- Cedeño, Francisco, y Lourdes Lozano: *Salud poblacional y ambiental en la región del canal*. Panamá: Ministerio de Salud, 1999.
- CELA: *El Canal de Panamá Hoy*, Nr. 39, September 1999.
- Evaluación de la sostenibilidad nacional*. Panamá: CEASPA, 1997.
- Guevara Mann, Carlos: *Ilegitimidad y hegemonía: una interpretación histórica del militarismo panameño*. Panamá: La Prensa, 1994.
- Jovane, Juan: *Los desafíos de la economía nacional panameña: hacia una Agenda Nacional*. Panamá: CECADE, 1993.
- La República de Probeta: pruebas de armas químicas en Panamá y la responsabilidad de EE.UU.* Panamá 1998 (Bericht der Fellowship of Reconciliation, unter Beteiligung von: Centro de Estudios y Acción Social Panameño (CEASPA), Centro de Estudios latinoamericanos « Justo Arosemena », Grupo de Trabajo de Armas Químicas; Fondo de Defensa Legal, Earth Justice und Greenpeace).
- Panamá en donde nace la rosa de los vientos*. Madrid: Fundación Paz y Solidaridad, 1994.
- Revista March. Segunda época*, Nr. 11, Panamá, September 1999.

Die Geschichte des Panamakanals

- 1529 Alvaro de Saavedra erarbeitet Pläne für einen Kanal durch den Isthmus von Panama; sein vorzeitiger Tod verhindert die Fertigstellung.
- 1534 Erneutes Kanalprojekt von Pascual de Andagoya.
- 1600 Samuel Champlain empfiehlt den Bau eines Kanals, der den Chagres mit dem Pazifik verbinden soll.
- 1616 Diego Fernando de Velasco ordnet die Erkundung des Darién an. Er plant eine interozeanische Verbindung zwischen dem Atrato, der in den Atlantik mündet, und dem Golf von San Miguel (Pazifischer Ozean).
- 1785 Der französische Ingenieur M. de Fer de la Nauverie legt der französischen Akademie ein Kanalprojekt für den Isthmus vor.
- 1789 Francisco Miranda schreibt einen Bericht über die Notwendigkeit, eine Wasserstraße durch den Isthmus zu bauen.
19. Jh. Europäische und nordamerikanische Experten unterbreiten Vorschläge für den Bau einer interozeanischen Eisenbahn oder eines Kanals.
- 1826 Auf dem ersten, von Simón Bolívar einberufenen panamerikanischen Kongress verkündet Henry Clay den Anspruch der USA auf den Bau eines Kanals.
- 1834 Der Kongress von Bogotá bevollmächtigt Präsident Santander, einen Vertrag für den Bau einer Straße, einer Eisenbahn oder eines Kanals mit den USA auszuhandeln.
- 1846 Unterzeichnung des Mallarino-Bidlack Vertrages zwischen den USA und der Republik Neugranada. Die USA verpflichten sich, die Souveränität Neugranadas im Isthmus von Panama zu garantieren. Als Gegenleistung wird vereinbart, dass ein zukünftiger Kanal durch die Landenge von Panama sowohl den USA als auch der Republik Neugranada offensteht.
- 1850 Unterzeichnung des Stephens-Paredes-Vertrages zum Bau einer Eisenbahn. Der Transit von Personen, die über den Isthmus nach Kalifornien reisen, nimmt beträchtliche Ausmaße an.
Unterzeichnung des Clayton-Bulwer-Vertrages. Großbritannien und die USA einigen sich darüber, dass ein künftiger Kanal im Kriegsfall als neutrales Gebiet angesehen werden müsse.
- 1855 Inbetriebnahme der Panama-Eisenbahn, die die Atlantikküste mit der Pazifikküste verbindet. Der Bau forderte eine hohe Zahl an Todesopfern.
- 1878 Die Vereinigten Staaten von Kolumbien erlauben der *Compagnie Universelle du Canal Interoceanique*, unter der Leitung von Graf Ferdinand de Lesseps einen Kanal durch den Isthmus von Panama zu bauen.
- 1881 Lesseps beginnt mit dem Bau eines schleusenlosen Kanals. Es sind ca. 2.000 Arbeiter beschäftigt.
- 1882 Anstieg der Kanalarbeiter auf 4.000. Ankunft einer großen Zahl von Afrikanern aus den französischen Kolonien und dem Senegal sowie von Chinesen aus Kalifornien.
- 1887 Lesseps ordnet unter dem Druck der zunehmend schwierigeren Finanzsituation per Kabel an, die Arbeiten am Kanal einzustellen. Das Projekt scheiterte aus technischen Gründen, aber auch wegen hoher durch Gelbfieber verursachter Menschenverluste.
- 1889 In Paris wird die Liquidation der Panama-Gesellschaft gerichtlich verfügt. Der Bankrott der Gesellschaft macht 14.000 Beschäftigte arbeitslos.
- 1892 Panamaskandal in Frankreich (der größte Finanz- und Politikskandal des 19. Jahrhunderts). Die Regierung ergreift gerichtliche Maßnahmen gegen die Verantwortlichen des Bankrotts. 510 Parlamentsmitglieder werden der Bestechung durch die Panamakanalgesellschaft beschuldigt. Ferdinand de Lesseps, sein Sohn Charles und Gustave Eiffel werden zu Gefängnisstrafen verurteilt, die Urteile werden jedoch später revidiert.
- 1894 Die Arbeiten am Kanal werden durch eine französische Auffanggesellschaft wieder aufgenommen.
- 1901 Abschluss des Hay-Pauncefote-Vertrags zwischen den USA und Großbritannien, der den USA das Alleinrecht für den Bau, den Betrieb und den Schutz eines Kanals durch den Isthmus zusichert.

- 1900-03 Krieg der 1000 Tage in Kolumbien. Im ganzen Land bekämpfen sich Liberale und Konservative. Ngobe Victoriano Lorenzo, einer der populärsten Indianerführer, befehligt ein Guerilla-Kommando, das sich aus Messtizen und Indianern zusammensetzt. Er wird von den Liberalen verraten und erschossen. Die USA bestehen auf dem Abschluss eines Friedensvertrages, damit der Kanal gebaut werden kann.
- 1903 Hay-Herrán-Vertrag zwischen den USA und Kolumbien. Die USA werden ermächtigt, den Panamakanal innerhalb einer Kanalzone mit politischem Sonderstatus zu bauen. Ferner erwerben sie die Konzessionen und das Vermögen der französischen Kanalgesellschaft. Der kolumbianische Senat lehnt den Vertrag ab.
Durch diplomatischen Druck erreichen die USA die Loslösung der Provinz Panama von Kolumbien unter Führung des französischen Ingenieurs Bunau Varilla .
Unterzeichnung des Hay-Bunau-Varilla-Vertrages zwischen den USA und der neu entstandenen Republik Panama, der den USA alle gewünschten Rechte zum Bau, Betrieb und Schutz des Kanals innerhalb einer 10 Meilen breiten Kanalzone gewährt. Die Vereinigten Staaten garantieren ihrerseits die Unabhängigkeit der Republik Panama und erklären sich bereit, Panama eine einmalige Summe von 10 Mio. \$ sowie einen jährlichen Pachtbetrag von 250.000 \$ zu zahlen, der erstmals zehn Jahre nach Ratifizierung des Vertrages fällig wird.
- 1906 Der US-Kongress entscheidet sich für den Bau eines Schleusenkanals.
- 1914 Öffnung des Panamakanals für den Welthandel.
- 1933 Präsident Harmodio Arias reist auf Einladung von Präsident Roosevelt nach Washington, um über die Grundlagen eines neuen Kanalvertrages zu verhandeln.
- 1936 Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den USA und Panama. Die USA erhöhen ihre jährlichen Zahlungen und garantieren die Unabhängigkeit Panamas. Im Gegenzug erhalten sie die Möglichkeit, im Falle eines Krieges Stützpunkte einzurichten.
- 1942 Abschluss des Militärbasenvertrags zwischen den USA und Panama, der den USA gestattet, 15.000 Hektar des nationalen Territoriums Panamas während des Weltkriegs für Verteidigungszwecke zu benutzen. Als Gegenleistung erhält Panama das Eisenbahnterrain zurück. Außerdem übernehmen die USA die Kosten für den Bau einer Straße nach Río Hato und gewähren ein Darlehen von 2.500.000 \$.
- 1947 Angesichts des Drucks durch die panamaische Öffentlichkeit und die Studenten- und Jugendbewegung, sieht sich die Nationalversammlung gezwungen, die vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf die Stützpunkte abzubrechen.
- 1953 Auf dem Konvent der *Coalición Patriótica Nacional* erklärt Präsident Remón sein Interesse an einer Revision der Kanalverträge.
- 1954 Präsident Remón klagt die Praktiken der Verwaltungspolizei in der Kanalzone an.
- 1955 Ratifizierung des Remón-Eisenhower-Vertrages (Vertrag über gegenseitiges Verständnis und Kooperation) zwischen den USA und Panama. Die USA erhöhen ihren jährlichen Pachtzins und verpflichten sich, sich stärker auf ihre Grenzen zu beschränken.
- 1977 Unterzeichnung der Carter-Torrijos-Verträge, einem aus drei Teilen bestehenden Vertragswerk, zwischen den USA und Panama. In dem Grundvertrag, dem Panamakanalvertrag, werden die lebenslänglichen Rechte der USA auf die Kanalzone - d.h. die Kontrolle über das Land, das Wasser und alle Einrichtungen, einschließlich der zur Verteidigung und Verwaltung des Kanals notwendigen Militärbasen - sukzessive abgebaut, bis der Kanal am 31. Dezember 1999 vollständig der Kontrolle Panamas unterstellt werden soll. Bis dahin liegt die Verwaltung bei der Panama-Kommission, einer amerikanischen Verwaltungsbehörde, die von einem gemischten Gremium, dem sowohl US-Amerikaner als auch

Panamaer angehören, geleitet wird. Seit 1990 ist der Posten des Verwalters mit einem Panamaer besetzt.

Gleichzeitig mit dem neuen Panamavertrag tritt der Vertrag über die ständige Neutralität und den Betrieb des Panama-Kanals mit mehreren Anhängen und einem Zusatzprotokoll in Kraft. Dieser Neutralitätsvertrag enthält eine sehr umstrittene Bestimmung, die auch in Zukunft eine US-Intervention - ohne zeitliche Begrenzung - erlaubt, falls die Gefahr bestünde, dass der Kanal geschlossen werden müsste oder nicht mehr funktionsfähig wäre.

Historischer Überblick

Diesem Überblick liegen zu Grunde: Carlos Manuel Gasteazoro, Celestino Andrés Arauz y Armando Muñoz Pinzón: „Tabla cronológica (De hechos históricos, políticos, sociales, económicos, culturales y científicos)“, in: *Revista Lotería*, Nr. 287, Panamá, Januar-Februar 1980; Milton H. Martínez, *Panamá 1978-1990: una crisis sin fin*, 1. Auflage, Panamá: CEASPA, 1990; *Panamá donde nace la rosa de los vientos*. Madrid: Fundación Paz y Solidaridad, 1994.

Panama vor der Kolonisierung durch die Spanier

Archäologische Untersuchungen der präkolumbischen Vergangenheit des Isthmus datieren die ältesten Zeugnisse menschlicher Anwesenheit um das Jahr 10.000 v. Chr. Etliche Völkerwanderungen in diesem Gebiet trugen zu der Herausbildung verschiedener indigener Gruppen bei. Die Geschichtswissenschaftler sind sich jedoch nicht einig darüber, wie hoch die Bevölkerungszahl der indigenen Bevölkerung war, als die Alte Welt auf die Neue Welt stieß. Einige behaupten, dass es 2.000.000 waren, andere dagegen 400.000 und wieder andere 225.000.

Wie hoch die Zahl wirklich war, ist von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist, dass sich die Historiker darüber einig sind, dass in diesem Gebiet Männer und Frauen lebten, die ihre eigene Geschichte und Kultur entwickelt hatten, bereits lange bevor der erste Europäer das Land betrat. In den panamaischen Chroniken werden die großen und mächtigen Cacicazgos im Osten des Landes, dem heutigen Darién, beschrieben. In den Tälern der Flüsse Bayano, Chucunaque und Tuira und auf den Inseln der Bucht von Panama hatten die Cuevas-Indianer, die vom Feldbau und Fischfang lebten, zahlreiche Siedlungen angelegt. Die Archäologen datieren die Blütezeit dieser Cacicazgos auf 700 - 900 n. Chr., während die Blütezeit in der zentralen Region mit 1000 - 1516 n. Chr. angenommen wird. Die einzelnen indigenen Völker betrieben Tauschhandel mit landwirtschaftlichen Produkten oder Jagdprodukten, auch führten sie Kriege gegeneinander. Als im 16. Jahrhundert die Europäer ins Land kamen, änderte sich ihre Geschichte radikal.

- | | |
|------|--|
| 1501 | Rodrigo de Bastidas erkundet einen Teil der panamaischen Atlantikküste von Osten nach Westen. Ein Jahr später entdeckt Kolumbus die restliche Küste. |
| 1510 | Vasco Núñez de Balboa gründet im Nordosten von Panama die erste spanische Siedlung Santa María La Antigua. |
| 1513 | Vasco Núñez de Balboa durchquert den Isthmus und erreicht als erster Europäer den Pazifischen Ozean, den er als „Südsee“ für die spanische Krone in Besitz nimmt. |
| 1516 | Gaspar de Espinosa stößt in das Landesinnere vor. Auf der dritten Expedition gelingt es ihm unter großen Verlusten, die meisten der indianischen Fürsten zu unterwerfen. |
| 1519 | Gründung der Siedlung Nuestra Señora de la Asunción de Panamá (Panama-Stadt) an der Pazifikküste. |
| 1531 | Tod des indianischen Fürsten Ngobe Urracá, nachdem er sich im Landesinneren neun Jahre gegen die spanische Invasion gewehrt hatte. |
| 1538 | Panama-Stadt wird durch Erlass Karls V. zur Audiencia erhoben. |

- 1544 In *Nombre de Dios* werden die ersten kolonialen Handelsmessen abgehalten.
- 1572 Francis Drake erobert *Nombre de Dios*.
- 1596 Francis Drake erobert zum zweiten Mal *Nombre de Dios*.
- 1597 Gründung der Forts Portobelo und San Lorenzo, um die atlantische Seite besser schützen zu können.
16. Jh. Aufstände der Negersklaven unter Führung von Antón Mandinga, Bayano und Felipillo. Zum Ende des Jahrhunderts wird ein Friedensabkommen geschlossen.
17. Jh. Das ganze Jahrhundert über wird Panama von europäischen Piraten, Korsaren und Flibustiers wegen der Edelmetalltransporte heimgesucht (Drake, Morgan, Parker, um nur einige zu nennen). Die Antwort Spaniens ist eine Befestigung der Transitroute.
- 1617 Aufstand der Bugue-Bugue-Indianer im Darién.
- 1620 Die Dominikaner beginnen mit der Christianisierung der Ngobe-Indianer im Westen des Landes.
- 1622 Erneut indianische Aufstände im Darién.
- 1636 Die Christianisierung der Ngobe-Indianer im Westen des Landes wird aufgegeben, um sich den Bugue-Bugue-Indianern im Darien zuzuwenden. Abschluss eines Friedensvertrages.
- 1671 Der englische Pirat Henry Morgan erobert und plündert Panama-Stadt. Sie geht in Flammen auf.
- 1673 Panama-Stadt wird an neuer Stelle wieder aufgebaut und mit einer Festung versehen.
18. Jh. Den Kolonialbehörden gelingt es nicht, die östliche Region Panamas, in der es immer wieder zu Aufständen der Kuna-Indianer kommt, unter ihre Kontrolle zu bringen.
- 1737 Abschaffung der Handelsmesse in Portobelo, bedingt durch die Abschaffung des regelmäßigen Flottenverkehrs.
- 1739 Panama wird dem neu gegründeten spanischen Vizekönigreich Neugranada angegliedert.
- 1789 Auf königlichen Erlass werden die spanischen Festungen im Darién sowie die Kolonisierung dieses Gebietes aufgegeben.
19. Jh. Äußerst turbulente Zeit in Bezug auf die innenpolitische Situation des Landes. Mehrere Versuche, ein eigenes Staatswesen zu bilden; Staatsstreiche, Aufstände der Bauern und der Indianer, Bürgerkriege und Einmischung des Auslandes in innere Angelegenheiten (USA, Großbritannien und Frankreich).
- 1819 Simón Bolívar vereint die ehemals spanischen Gebiete im Nordwesten Südamerikas und gründet die selbständige Republik Großkolumbien.
- 1821 Der erste *grito* nach Unabhängigkeit in Villa de Los Santos. Panama erklärt seine Unabhängigkeit von Spanien und schließt sich Großkolumbien an.
- 1826 Einberufung des ersten panamerikanischen Kongresses nach Panama durch Simón Bolívar, der die Integration aller amerikanischen Staaten unter Einschluss der USA einleiten soll.
- 1829 Aufruhr im Isthmus. General José Domingo Espinar erklärt den Ausnahmezustand und übernimmt die Befehlsgewalt. Die Vollversammlung des Stadtrats von Panama-Stadt beschließt die Selbständigkeit des Isthmus. General Espinar wird zum Gouverneur des „Unabhängigen Isthmus“ ernannt. Der Isthmus wird wieder in die Republik Großkolumbien eingegliedert.
- 1830 Auf Anordnung von Vizepräsident Caicedo, wird General Espinar zum Militärkommandanten des Isthmus ernannt. Rücktritt Bolívars und Auflösung der Republik Großkolumbien, nachdem 1829 bereits Venezuela und Ecuador abgefallen waren. Die restlichen Gebiete Großkolumbiens schließen sich zur Republik Neugranada zusammen.
- 1831 Oberst Alzuru stürzt Espinar, lässt ihn gefangen nehmen und errichtet nun seinerseits eine Militärdiktatur.

- Oberst Tomás Herrera wird von der Zentralregierung an den Isthmus geschickt und setzt Oberst Alzuru ab.
- 1840 Erneuter Versuch, einen eigenen Staat zu bilden. Tomás Herrera wird zum Präsidenten und Carlos de Icaza zum Vizepräsidenten des „Freistaates Isthmus“ gewählt.
- 1841 Einberufung des Nationalkonvents zur Verkündung der Verfassung des „Freistaates Isthmus“.
Abschluss eines Vertrages, der den Isthmus wieder in die Republik Neugranada eingliedert.
- 1852 Justo Arosemena, der Vertreter Panamas im Abgeordnetenhaus, erreicht die Billigung eines Gesetzentwurfes zur Errichtung eines Bundesstaates auf dem Isthmus, der dort jedoch abgelehnt wird.
Indianeraufstand in Veraguas gegen die Zehntabgabe.
Proteste in Azuero gegen die hohen Steuerabgaben.
Kämpfe zwischen den Anhängern von Santiago de la Guardia (konservativer Flügel) und den Anhängern von Pedro Goitía (liberaler Flügel) um die politische Macht in Azuero.
- 1855 Gründung des souveränen Bundesstaates Panama.
Bauernaufstand in La Chorrera.
- 1856 Bauernaufstand in Azuero, angeführt von Pedro Goitía.
„La Tajada de Sandía“-Zwischenfall (Zusammenstoß zwischen Panamern und US-Amerikanern).
Erste bewaffnete US-Intervention auf dem Isthmus. Kommodore William Mervine besetzt mit 160 Mann die Eisenbahnstation. Kurze Zeit später verlassen sie den Isthmus.
- 1857 Unterzeichnung des Herrán-Cass-Vertrages, in dem Neugranada seine Verantwortung für den „La Tajada de Sandía“-Zwischenfall eingesteht und bereit ist, eine Entschädigungssumme zu zahlen.
- 1860 Im Bürgerkrieg in der Republik Neugranada erklärt José de Obaldía die Neutralität des Isthmus. US-Intervention.
- 1861 Umbenennung der Republik Neugranada in Vereinigte Staaten von Kolumbien.
- 1862-66 Fünf Jahre politischer Instabilität: Santiago de la Guardia stirbt bei der Verteidigung des souveränen Bundesstaates Panama. Schwere Zusammenstöße zwischen Luis Level de Godo und Gil Colunje. US-Intervention.
- 1868 US-Intervention in Colón.
- 1871 Revolutionäre Bewegung in Panama. Tomás Herrera dringt von Costa Rica aus in die Provinz Chiriquí ein und erklärt sich zum vorläufigen Präsidenten.
- 1873 Erfolgreicher Putsch gegen Präsident Neira. An seine Stelle tritt Dámaso Cervera.
Die US-Streitkräfte besetzen zweimal Panama-Stadt.
- 1875 Präsidentschaft von Pablo Arosemena. Durch einen Staatsstreich kommt Aizpuru an die Macht.
- 1876 Panama nimmt mit neuen Remington-Gewehren am Krieg in Kolumbien teil und trägt damit zum Sieg der Liberalen bei.
- 1878 Präsidentschaft von General Buenaventura Correoso. Politische Wirren zum Ende seiner Regierungszeit zwingen ihn zum Rücktritt. Amtsübernahme durch den ersten Designierten José Ricardo Carzorra.
- 1885 Einberufung des Nationalkonvents, der die Präsidentschaftswahlen annulliert. Wahl von Ramón Santo Domingo Vila zum Präsidenten.
Der kolumbianische Bürgerkrieg dehnt sich auf Panama aus. US-Intervention.
Brand von Colón, für den der Volksführer Pedro Prestán verantwortlich gemacht wird. Die USA erobern Panama.
- 1895 Liberale Revolutionäre greifen die Polizeikasernen und Militärposten in Bocas del Toro an.
- 1899 Aufstände in Natá, Panama und Arraiján.
- 1903 Panama wird auf Veranlassung der USA von Kolumbien unabhängig.

- 1903-30 Die USA nehmen Einfluss auf die Innenpolitik (Abbau des panamaischen Heeres, Organisation und Ausbildung der Polizei, Mitsprache im Erziehungswesen, Förderung der Entwicklung von Panama-Stadt, Überwachung der Wahlen) und die Wirtschaft Panamas (freier Umlauf des Dollars, paralleles Handelssystem in der Kanalzone). Mehrere Zusammenstöße zwischen der panamaischen Polizei und der bewaffneten US-Polizei. Ständige Interventionen der USA in innere Angelegenheiten Panamas.
- 1925 Die Kuna-Indianer rufen die Republik Tule aus und trennen sich von Panama. Sie erhalten ein autonomes Gebiet. Kanalarbeiterstreik. Die USA intervenieren und besetzen mehrere Tage lang Panama-Stadt. Es gibt Tote und Verletzte.
- 1931 Staatsstreich der Acción Comunal gegen den Präsidenten Florencio H. Arosemena. Neuer Präsident wird Ricardo J. Alfaro.
- 1932 Erneuter Streik der Kanalarbeiter. Neue Präsidentschaftswahlen. Sieg von Harmodio Arias mit Unterstützung der Partido Panameñista Doctrinario und der Acción Comunal.
- 1936 Juan Demóstenes Arosemena wird neuer Präsident.
- 1939 Tod von Arosemena. Sein Nachfolger wird Augusto S. Boyd.
- 1940 Außenminister Narciso Garay protestiert beim US-Außenministerium, weil die US-Streitkräfte nicht mehr in den lokalen Geschäften einkaufen. Wahlkampf zwischen Ricardo J. Alfaro (Partido Liberal) und Arnulfo Arias (Partido Nacional Revolucionario). Sieg von Arnulfo Arias mit Unterstützung der Regierung.
- 1941 Unterzeichnung und Verkündung der neuen Verfassung Panamas. Präsident Arnulfo Arias stellt im Kabinett den Antrag, panamaische Schiffe mit Artillerie auszustatten, damit sie dem Angriff deutscher U-Boote besser begegnen können. Der Antrag wird zurückgewiesen. Putsch gegen Präsident Arias. Er verlässt das Land. Auf Beschluss des Kabinetts wird Ricardo Adolfo de la Guardia sein Nachfolger.
- 1942 Antiamerikanische Studentenproteste an der Universidad Nacional.
- 1944 Trotz der Opposition der Abgeordneten der Nationalversammlung erkennt Präsident Ricardo Adolfo de la Guardia die Verfassung von 1941 nicht an und beruft die Nationalversammlung für Juni 1945 ein. Erster Nationaler Studentenkongress. Gründung der Föderation panamaischer Studenten (FEP)
- 1945 Erster Jugendkongress. Frauen erhalten alle politischen Rechte. Wahl von Enrique A. Jiménez zum vorläufigen Präsidenten durch den Nationalkonvent. Fehlgeschlagener Putsch im Polizeiquartier von Colón führt zum Sturz der Regierung.
- 1946 Ernennung von José Antonio Remón Cantera zum ersten Kommandanten der Nationalpolizei.
- 1948 Starker Druck zur Durchsetzung der Kandidatur von Domingo Díaz. Gründung der *Pie de Guerra*, bewaffneten Gruppen, die die Präsidentschaftskandidatur von Militärs durchzusetzen sollen. Bewaffnete Auseinandersetzungen in der Hauptstadt. Aufhebung der verfassungsmäßig verbürgten Rechte. Die Nationalversammlung versucht, Präsident Jiménez zu stürzen. Der gestürzte Präsident Arnulfo Arias versucht eine Invasion von Costa Rica aus.
- 1949 Der erste Vizepräsident Daniel Chanis wird zum Präsidenten ernannt. Er zerschlägt die *Pie de Guerra*. Auf Druck von Oberst José Antonio Remón wird Daniel Chanis seines Amtes enthoben. Präsident wird der zweite Vizepräsident Roberto F. Chiari. Der Oberste Gerichtshof erklärt die Amtseinsetzung Chiaris für verfassungswidrig. Chiari tritt zurück. Remón ordnet die Neuauszählung der Wählerstimmen vom Vorjahr an und setzt Arnulfo Arias zum neuen Präsidenten ein.

- 1951 Präsident Arnulfo Arias hebt per Dekret die Verfassung von 1946 auf, löst die Nationalversammlung auf und setzt den Obersten Gerichtshof außer Kraft.
Demonstrationen in der Hauptstadt und in Colón gegen Arias.
Arias wird durch die unter dem Oberbefehl von Oberst Remón stehende Polizei erneut gestürzt. Der 1. Vizepräsident Alcibiades Arosemena wird Übergangspräsident bis zu den Neuwahlen.
Gründung der *Coalición Patriótica Nacional* (Koalition von *Partido Revolucionario Auténtico*, *Partido Nacional Revolucionario*, *El Liberal Auténtico* und U.P.), um die Präsidentschaftskandidatur von Remón zu unterstützen.
„Marsch des Hungers und der Verzweiflung“ von 2.250 Arbeitslosen, um gegen die Entlassungen zu protestieren.
- 1952 Harter Wahlkampf zwischen den zivilen Parteien, die Roberto F. Chiari, und den Militärs, die Oberst Remón unterstützen.
Oberst Remón übernimmt die Präsidentschaft.
- 1953 Bolívar Vallarino wird zum ersten Kommandanten der Nationalpolizei ernannt. Die Nationalpolizei wird zur Nationalgarde umfunktioniert.
Die kommunistische Partei wird per Dekret No. 53 für „gesetzeswidrig“ erklärt.
Die Arbeiter der Bananenplantagen in *Bocas del Toro* versuchen, sich zu organisieren, was mit der Entlassung von 200 Arbeitern quittiert wird.
- 1955 Ermordung des Präsidenten Remón. Neuer Präsident wird der Erste Vizepräsident José Ramón Guizado.
- 1956 Wahlkampf zwischen der *Coalición Patriótica Nacional*, die Ernesto de la Guardia Jr., und der Partido Liberal, die Víctor F. Goytía unterstützt. De la Guardia gewinnt die Wahl.
- 1958 Studenten hissen die panamaische Flagge in der Kanalzone („*Siembra de Banderas*“).
Studenten demonstrieren für eine Verbesserung des Erziehungswesens.
Blutige Niederschlagung der Proteste durch die Nationalgarde. Es gibt mehrere Tote und Verletzte.
Nach einem Studentenstreik wird durch Vermittlung von Professoren und Studenten der *Pacto de la Colina* geschlossen, der entscheidende Veränderungen in der Struktur der Nationalgarde festschreibt.
- 1959 Große Demonstrationen von Studenten und oppositionellen Politikern gegen die Regierung in Panama-Stadt.
Bewaffneter Aufstand von Studenten in Cerro Tute, da die Regierung sich nicht an den *Pacto de la Colina* hält.
Guerilla-Scharmützel in Santa Clara.
Kubanische Invasion in Playa Colorada und Eroberung von Nombre de Dios. In Zusammenarbeit mit der OAS wird der internationale Konflikt gelöst. Die Kubaner kehren nach einigen Monaten in ihre Heimat zurück.
Zusammenstoß zwischen panamaischen Studenten und der Polizei in der Kanalzone. Zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten.
Einen knappen Monat später erneuter Zusammenstoß.
- 1960 Die oppositionelle *Partido Liberal* gewinnt mit Roberto F. Chiari als Präsidentschaftskandidaten die Wahl. Den zweiten Platz belegt Ricardo Manuel Arias Espinoza, der Kandidat der *Coalición Patriótica Nacional*.
Streik in den Bananenplantagen von *Bocas del Toro*, der später auf Chiriquí überspringt. Innerhalb von drei Wochen werden u.a. Tarifverträge ausgehandelt.
- 1964 In Panama-Stadt und Colón kommt es zu antiamerikanischen Unruhen. Ausgangspunkt war die verstärkte Forderung nach voller Souveränität über die Kanalzone. Die liberale Regierung unter Präsident Chiari bricht die diplomatischen Beziehungen zu Washington ab.
Der Präsidentschaftskandidat der Partido Liberal Marco A. Robles gewinnt die Wahlen gegen Arnulfo Arias.
- 1966 Ermordung des Studentenführers Juan Navas Pájaro.

- Volksaufstand in Colón. Die Stadt wird okkupiert. Es sind drei Tote und Hunderte von Verletzten und Gefangenen zu beklagen.
- 1968 Arnulfo Arias bewirbt sich zum dritten Mal um die Präsidentschaft. Seine Kandidatur löst einen schweren Verfassungskonflikt aus. Die Nationalgarde stürzt Arias.
- 1968-69 Streitigkeiten innerhalb der Führung der Nationalgarde, die mit dem Austritt der Ultrarechten und dem Sieg des populistischen Flügels unter General Omar Torrijos beendet werden. Gründung der Partido Revolucionario Democrático (PRD) durch Torrijos. General Antonio Noriega verhilft Torrijos zur Machtübernahme.
- 1970-78 Die Militärjunta unter Führung von General Torrijos bemüht sich, gestützt auf nationalistische und populistische Ideen, um Wirtschafts- und Sozialreformen. Gleichzeitig löst Torrijos die politischen Parteien und das Parlament auf und verfolgt oppositionelle Politiker.
- 1971 Der kolumbianische Priester Hector Gallego, der landwirtschaftliche Kooperativen seelsorgerisch betreute, wird von der Nationalgarde entführt und verschwindet in den Bergen von Santa Fe de Veraguas. Damit steigt die Zahl der bekannt gewordenen Fälle der während der Militärdiktatur ermordeten oder verschwundenen Personen auf 120.
- 1972 Wahl von Demetrio Basilio Lakas Bahas zum Präsidenten, während Oberst Torrijos als „Oberster Führer der panamaischen Revolution“ die eigentliche Macht innehat.
- 1977 Nach der Unterzeichnung der Torrijos-Carter-Verträge beginnt die Nationalgarde mit dem Rückzug in die Kasernen und unterstützt den politischen Übergang zu einer zivilen Regierung.
- 1978 Wahl von Aristides Royo zum Präsidenten.
- 1981 General Torrijos kommt bei einem Flugzeug-„Unfall“ ums Leben. Neuer Chef der Nationalgarde wird Oberst Florencino Flores.
- 1982 Veränderungen in der Führungsspitze der Nationalgarde. Oberst Flores wird in den Ruhestand versetzt und General Rubén Darío de Paredes zu seinem Nachfolger bestimmt. Präsident Aristides tritt auf Grund von „Halsschmerzen“ zurück. Sein Nachfolger ist Vizepräsident Ricardo de la Espriella.
- 1983 General Rubén Darío de Paredes wird als Chef der Nationalgarde in den Ruhestand versetzt. Nachfolger wird General Manuel Antonio Noriega.
- 1984 Präsident Ricardo de la Espriella tritt zurück. Vizepräsident Jorge Illueca übernimmt seine Amt. Nicolás Ardito Barletta wird durch allgemeine Wahlen zum Präsidenten gewählt. Der Wahlverlierer Arnulfo Arias bezichtigt ihn des Wahlbetrugs. Rücktritt von Barletta, nachdem General Noriega ihm seine Unterstützung entzogen hat. Vizepräsident Eric Arturo Delvalle wird Barlettas Nachfolger. Trotz demokratischer Fassade liegt die politische Macht weiterhin in den Händen der Militärs. Die diktatorischen Vollmachten General Noriegas werden ständig erweitert.
- 1986 Die USA beschuldigen Noriega der Verbindung zum Drogenhandel und des Geheimnisverrats an Kuba.
- 1987-89 Delvalle verhängt den Ausnahmezustand. Die USA verhängen Wirtschaftssanktionen gegen Panama und versuchen Noriega zum Rücktritt zu zwingen. Devalles Versuch, Noriega zu entmachten, scheitert daran, dass dieser durch die Mehrheit der Militärs unterstützt wird. Daraufhin wird Devalle selbst vom Parlament abgesetzt.
- 1989 Die Opposition gewinnt mit Guillermo Endara Galimany die Präsidentschaftswahlen. Noriega lässt die Wahlen annullieren und ernennt eine provisorische Regierung. Gründung der Cruzada Civilista Nacional. Die USA verhängen Wirtschaftssanktionen gegen Panama. Putschversuch von panamaischen Militärs gegen Noriega scheitert.

- US-Militärintervention. Das Chorillo-Viertel in Panama-Stadt wird bombardiert und geht in Flammen auf. Die Invasion fordert viele Todesopfer: je nach Quelle 600 - 2.000.
- Inmitten dieser Kriegshandlungen wird Endara als neuer Präsident der Republik auf der US-Militärstützpunkt Clayton vereidigt. Die panamaischen Streitkräfte werden abgeschafft.
- 1990 Noriega wird gefangen genommen. Er wird an die USA ausgeliefert und der amerikanischen Justiz überstellt.
- Reorganisation des politischen Systems in Panama durch die Alianza Democrática de Oposición Civilista. Der *Alianza* gehören die Arnulfistas, die Liberalen und die Christdemokraten an. Dieser Prozess wird von den US-Streitkräften unterstützt.
- Die Volks- und die Arbeiterbewegung gewinnt an Bedeutung.
- Die soziale Agitation erreicht ihren Höhepunkt mit der Entlassung einer ganzen Reihe von staatlichen Gewerkschaftsführern. Sie werden angeklagt, an dem versuchten Putsch gegen Präsident Endara beteiligt gewesen zu sein.
- 1991 Bei den Teilwahlen zur gesetzgebenden Versammlung erhalten die Vertretung der Land- und Stadträte, die politische Opposition und die Partido Revolucionario Democrático (PRD) fünf Legislatoren, die Christdemokraten zwei und die Liberalen ebenfalls zwei.
- Die 1990 begonnenen Proteste (Arbeiter, Bauern, Studenten, Lehrer, Ärzte) halten das ganze Jahr über an. Sie erreichen eine Mobilisierung der Massen gegen die Pläne zur strukturellen Anpassung. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei.
- 1992 In einer Volksentscheidung werden die Verfassungsreformen, die von der gesetzgebenden Versammlung gebilligt worden waren, abgelehnt.
- 1994 Die Präsidentschaftswahlen (außerdem die Wahlen der zwei Vizepräsidenten, der Legislatoren, Bürgermeister, Stadt- und Landräte) gewinnt die oppositionelle Partido Revolucionario Democrático (PRD) unter Ernesto Pérez Balladares mit einem Stimmenanteil von einem Drittel, gefolgt von der Regierungspartei Partido Arnulfista und der Movimiento Papa Egoro. Balladares versucht, an die Reformen der 70er Jahre unter Präsident Torrijos anzuknüpfen.
- 1995 Trotz eines langen Streiks, der vier Menschenleben und Hunderte von Verletzten und Gefangenen fordert, setzt die Regierung neoliberale Reformen der Arbeitsgesetze durch.
- 1996 Das nationale Diskussionsforum Encuentro Panamá 2000 tritt zum ersten Mal zusammen.
- 1998 Die Regierung Pérez Balladares verhandelt mit den USA auf privater Ebene über die Errichtung eines multilateralen Anti-Drogenzentrums (CMA). Eine starke Opposition im Lande bewirkt den Abbruch der Verhandlungen.
- Präsident Balladares verliert eine Volksabstimmung, mit der er das Verbot der Wiederwahl nach 4-jähriger Amtszeit aus der Verfassung streichen wollte.
- 1999 Die Arnulfistas gewinnen mit Mireya Moscoso, der Witwe des dreimaligen Präsidenten Arnulfo Arias, die Präsidentschaftswahlen, gefolgt von Martín Torrijos (PRD) und Alberto Vallarino (Acción Opositora). Martín Torrijos ist der Sohn von General Torrijos, der 1968 Arias bei einem Putsch aus dem Amt verdrängt hatte.
- Mireya Moscoso erhält mit der Mehrheit von einer Stimme die Kontrolle über die gesetzgebende Versammlung.

Übersetzung aus dem Spanischen von Jutta Seeger-Vollmer